

FINANZIERUNG

Das ODA-System ist
überholt und gehört
reformiert

DEMOGRAFIE

Afrikanische Länder
könnten von sinkenden
Kinderzahlen profitieren

TIGRAY-KONFLIKT

Wie es nach Abschluss
des Friedensvertrags in
Äthiopien weitergeht



Bildung für alle

Editorial

- 3 **KATHARINA WILHELM OTIENO**
Bildungslücken müssen geschlossen werden

Magazin

- 4 **ANDRÉ DE MELLO E SOUZA**
Warum das ODA-Konzept überholt und umfassend reformiert werden sollte
- 7 **FRANK SWIACZNY, SONJA HAUG, SUSANNE SCHMID UND SABRINA GABEL**
Was nötig ist, damit Afrika von einer demografischen Dividende profitiert
- 9 **SUPARNA BANERJEE**
Die Frankfurter Auschwitzprozesse trugen in den 1960ern zur Vergangenheitsbewältigung nach der Nazi Herrschaft bei
- 11 **NYASHA BHOBO / IMPRESSUM**
Heutzutage: Südafrikanische Kirchen haben in der Covid-19-Pandemie Mitglieder verloren

Debatte

- 13 **MOUTAZ ALI**
Rückblickend sehen manche Libyer Gaddafi in zunehmend günstigerem Licht
- 14 **MARKUS RUDOLF**
Äthiopiens junger und fragiler Frieden
- 15 **ANDRÉ DE MELLO E SOUZA**
Rechtsextreme Invasion von Brasílias Regierungsviertel

- 16 **JÖRG DÖBEREINER**
Neue globale Ziele zum Schutz der Biodiversität

Schwerpunkt: Bildung für alle

- 19 **PAMELA CRUZ**
Weshalb Sexualkundeunterricht unverzichtbar ist
- 22 **BIMBOLA OYESOLA**
In Nigeria bevorzugen selbst arme Menschen Privatschulen, auch wenn viele von ihnen keinem Standard entsprechen
- 23 **MARIAN BURCHARDT UND FLORIAN STOLL**
Ghanas IT-Sektor laufen die Fachkräfte davon, während unausgebildete Menschen im informellen Sektor landen
- 25 **SUSANNE NEUBERT UND MIRIAM HOLLÄNDER**
Eine junge Generation Studierender wandelt mit neuen Werten das Berufsfeld der internationalen Zusammenarbeit
- 27 **MONA NAGGAR**
Zu wenig Bildungsmöglichkeiten für syrische Geflüchtete im Libanon
- 28 **ROLI MAHAJAN**
Die Schulschließungen während der Pandemie haben der jungen Generation geschadet – zum Beispiel in Indien
- 30 **RUKAMANEE MAHARJAN**
Mädchen sollten in Nepals Bildungswesen viel mehr Aufmerksamkeit bekommen
- 32 **MARTIN KÄMPCHEN**
Es ist wichtig, die Sprache der Einheimischen zu beherrschen – besonders in sprachlich vielfältigen Ländern wie Indien

SCHWERPUNKT

Bildung für alle

Dass jeder junge Mensch einen Platz in einem Klassenzimmer hat, reicht nicht. Die Qualität des Unterrichts ist entscheidend. Die Fähigkeit der Menschen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, hängt davon ab, was sie in der Schule lernen. Ohne fundierte Bildung ist es schwierig, einen guten Job zu finden oder die eigene Gesellschaft und deren Zukunft zu beeinflussen. Unwissenheit macht in vielerlei Hinsicht verwundbar (Seite 18).

Titelseite: Schulinitiative in einem Slum in Lagos, Nigeria.
Foto: picture-alliance/dpa/MAXPPP/Sadak Souici/Le Pictorium





**Unser
Schwer-
punkt zum
Thema Bildung
beginnt auf Seite 18.
Er hat direkten
Bezug zum vierten
UN-Ziel für
nachhaltige
Entwicklung
(Sustainable
Development Goal
– SDG): Hochwer-
tige Bildung.**

Bedeutung, die in sehr vielen Erziehungssystemen auf der ganzen Welt ohnehin strukturell benachteiligt wird, nämlich Mädchen und junge Frauen. In vielen patriarchalen Gesellschaften wird die Schulbildung von Jungen priorisiert. Auch sind es nach wie vor etwa menstruelle Stigmata und fehlende Sanitärversorgung, die Mädchen vielerorts von der Schule fernhalten.

Die Covid-19-Pandemie verschlimmerte durch die teils gravierenden Unterrichtsunterbrechungen und unzulängliche Onlinesubstitute die Zustände im Bildungswesen auf der ganzen Welt weiter. Hinzu kommt die wohl kaum zu Ende gedachte neue Tendenz, Schülerinnen und Schüler trotz schlechter Leistungen einfach zu versetzen, um Schulabschlüsse zu produzieren.

Bildung ist längst keine Garantie mehr, Arbeitslosigkeit und Armut im informellen Sektor zu entrinnen. Aber sie ist zumindest eine Chance, Abwärtsspiralen und Teufelskreise zu durchbrechen, Handlungsmacht über das eigene Leben zu gewinnen und schließlich die eigene Gesellschaft produktiv mitzugestalten.

Bildungslücken schließen

Die Konsequenzen fehlender Bildung tragen nicht nur diejenigen, die weder lesen noch schreiben können, weil sie als Kinder auf die Felder statt zur Schule geschickt wurden. Oder die, die nicht einmal die Amtssprache ihres Landes sprechen, weil sie aufgrund kultureller oder religiöser Konventionen niemals ein Klassenzimmer betreten haben. Die Konsequenzen trägt die ganze Gesellschaft. Unwissenheit reduziert Produktivität – und führt entsprechend zu Armut und Abhängigkeit von informeller Beschäftigung. Ohne Bildung sind die Bürgerinnen und Bürger eines Staates auch nicht mündig, fundierte Lebensentscheidungen für sich zu treffen, etwa im Hinblick auf ihren eigenen Körper, ihre Gesundheit oder ihre Finanzen. Ebenso wenig sind sie in der Lage, sich wirkungsvoll an demokratischen Verfahren zu beteiligen, für das Gemeinwohl nötige Entschlüsse nachzuvollziehen oder demokratiefeindliche Bestrebungen als solche zu erkennen.

Dabei geht es längst nicht nur darum, dass junge Menschen in Klassenzimmern sitzen können, sondern vor allem darum, was sie dort erfahren und unter welchen Bedingungen sie dort lernen. Deshalb spricht das vierte UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (SDG – Sustainable Development Goal)

auch nicht nur von Bildung, sondern von „hochwertiger Bildung“.

Wenn Staaten also in ihrem Bestreben, sich möglichst schlank zu halten, im Bildungssektor sparen, ist dies kurzsichtig. Marode Gebäude, zu wenig und unterbezahlte Lehrkräfte – solche Probleme sind nicht nur für Entwicklungs- und Schwellenländer typisch, sondern auch in Deutschland und anderen EU-Ländern ständiges Gesprächsthema.

Auch Unterrichtsinhalte müssen hinterfragt werden. Grundsätzliches Finanzwissen, insbesondere im Hinblick auf Steuern, fehlt auf Lehrplänen in der Regel. Das gilt auch für Erziehung hin zu Medienkompetenz, die befähigt, seriöse Information von Lügenpropaganda zu unterscheiden. In Deutschland gibt es zudem immense politische Bildungslücken, zum Beispiel fehlen Kenntnisse über EU-Institutionen.

Zu kurz kommen auch Informationen über den eigenen Körper. Notwendige Impfungen und andere Präventionsmaßnahmen kommen im Unterricht vieler Länder ebenso wenig zur Sprache wie reproduktive und sexuelle Gesundheit.

Dabei wäre Bildung in diesem Bereich insbesondere in Bezug auf Selbstbestimmung gerade für die Gruppe von zentraler



**KATHARINA WILHELM
OTIENO**
ist Redakteurin bei
E+Z/D+C.
eu.editor@dandc

Pamela Cruz arbeitet für die Netzwerke Comunalia und MY World Mexico. Das erste vernetzt Bürgerstiftungen, das zweite fördert nachhaltige Entwicklung. Pamela Cruz hat einen Master in Entwicklungsmanagement von der Ruhr-Universität Bochum. In unserem Schwerpunkt zum Thema Bildung erläutert sie am Beispiel Mexikos, dass



Jugendliche und besonders Mädchen verlässliche und umfassende Informationen zu reproduktiver Gesundheit und Sexualität brauchen (Seite 19).

► Alle Schwerpunkttex te erscheinen auch auf unserer Website www.dandc.eu, auf der Sie weitere Beiträge zum Thema finden werden.



Die OECD-Mitglieder haben den CO₂-Ausstoß nicht ausreichend reduziert: Kohlekraftwerk bei Köln.

ODA

Überholtes Konzept

Die internationale Gemeinschaft muss kooperieren, um globale öffentliche Güter bereitzustellen, aber die reichsten Volkswirtschaften knausern. Das etablierte ODA-System ist für diesen Zweck ungeeignet.

Von André de Mello e Souza

Die Fachwelt hält den Begriff „Entwicklungshilfe“ für abfällig. Seith Jahrzehnten strebt sie die Umbenennung in „Entwicklungszusammenarbeit“ (EZ) an. Dennoch verwendet die Presse weiterhin oft den Begriff „Entwicklungshilfe“, wenn es um ODA (official development assistance) geht.

Die Geschichte der ODA ist problematisch. 1970 sagten die einkommensstarken Länder zu, jährlich 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) in ODA zu investieren, taten das aber nicht. Laut OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), einem Verbund von reichen Ländern und einigen Schwellenländern, lösten 2021 nur Luxemburg, Norwegen, Schweden, Deutschland und Dänemark ihre Zusagen ein. Die weltweite ODA belief sich auf nur 0,33 Prozent des BNE der OECD-Mitglieder.

Manche finden das nicht schlimm, weil andere Finanzströme – etwa private ausländische Direktinvestitionen und Über-

weisungen von Migrantinnen und Migranten – die ODA übersteigen. Aber ein halbes Jahrhundert unerfüllter Versprechen zeugt von dysfunktionaler Politik.

Das ODA-System wird seinen Aufgaben aus diversen Gründen nicht gerecht. Dazu zählen:

- die regelmäßige Neudefinition der angestrebten Zielen,
- die wachsende Notwendigkeit, ODA-Mittel für globale öffentliche Güter zu verwenden, sowie
- Unstimmigkeiten zwischen etablierten Wirtschaftsmächten und Schwellenländern.

ODA sollte ursprünglich die nationale Entwicklung der Empfängerländer unterstützen. Investitionen in Infrastruktur sollten Wachstum und Wohlstand fördern. Was nach dem Zweiten Weltkrieg beim Wiederaufbau in Westeuropa half, funktionierte aber nicht in Afrika, Asien und Lateinamerika. So rückten andere Themen in den Fokus: Armutsbekämpfung in den 1990er-Jahren, später Rechtsstaatlichkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Minderheitenrechte.

Die OECD definierte aber nicht nur Ziele neu, sondern auch was als ODA zählt. Die Unzufriedenheit über ODA brachte gute Ideen für überzeugendere Konzepte hervor (siehe Kasten).

Die größten Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft sind heute Themen wie Klimawandel oder Covid-19. Dafür sind globale öffentliche Güter nötig. In der Ökonomie gilt ein Gut als „öffentlich“, wenn es allen nutzt – auch denen, die nichts dazu beigetragen haben.

Werden öffentliche Güter allein den Kräften des Marktes überlassen, bleiben sie unterfinanziert, denn der Privatsektor investiert kaum. Investoren wollen nicht, dass Fremde von ihren Ausgaben profitieren, hoffen aber andererseits selbst, öffentliche Güter kostenfrei zu nutzen. Die öffentliche Infrastruktur (inklusive Straßen, Wasser- und Stromversorgung) hängt daher von öffentlichen Ausgaben und einer umsichtigen Gesetzgebung ab. Ohne staatliches Zutun kommen öffentliche Güter zu kurz.

GELD FÜR GLOBALE ÖFFENTLICHE GÜTER

Entsprechend geht es in der Klimadebatte und bei anderen globalen Themen darum, wer wie viel für globale öffentliche Güter zahlt. Dies ist ein Aspekt von Global Governance. Internationalen Konsens zu finden ist dabei immer schwierig, und seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine sogar noch komplizierter.

In den vergangenen Jahrzehnten förderten OECD-Mitglieder mit ihren ODA-Geldern zunehmend globale öffentliche Güter – etwa Anlagen für saubere Energie, die sowohl der nationalen Entwicklung als auch dem globalen Klimaschutz dienen. ODA mit doppeltem Verwendungszweck wäre in Ordnung, wenn die OECD-Mitglieder anderwei-

tig ihren fairen Anteil zum Umweltschutz leisten würden. Das tun sie aber nicht.

Das Scheitern des Kyoto-Protokolls ist dafür ein gutes Beispiel. Die reichen Länder hielten die 1997 beschlossenen Emissionsreduktionen einfach nicht ein, obwohl Klimaschutz im eigenen Land einem globalen öffentlichen Gut gedient hätte. 2009 versprachen die reichen Länder dann, ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar für Klimaschutz in armen Ländern bereitzustellen – zusätzlich zu ODA. Bisher fließen aber nur etwa 80 Milliarden Dollar pro Jahr, und die Definitionen sind so lax, dass Klimafinanzierung und ODA nicht auseinanderzuhalten sind. Auf dem Klimagipfel in Ägypten 2022 wurde nun ein neuer Fonds für Klimaverluste und -schäden beschlossen. Wie diese Finanzierung von früheren Zusagen unterschieden werden soll, ist ebenfalls unklar.

Als sich 2020 Covid-19 weltweit ausbreitete, versagten Zusammenarbeit und Koordination komplett. Nationalstaaten konkurrierten um Corona-Tests, Schutzausrüstung, Beatmungsgeräte und ab 2021 auch um Impfstoffe. Westliche Länder entwickelten die wirksamsten Vakzine, versorgten damit aber hauptsächlich – wenn nicht gar ausschließlich – ihre eigenen Bürger. China und Russland hingegen entwickelten Impfstoffe, die sie großzügig mit anderen Ländern teilten.

Seit vielen Jahren fordern westliche Regierungen mehr private Mittel für die Entwicklungsfinanzierung, nicht zuletzt für die ehrgeizige Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Passend dazu haben sie die ODA-Regeln geändert, um solche Finanzflüsse einzubeziehen. Es entstanden auch durchaus diskutabile öffentlich-private Partnerschaften. Privates Geld lässt sich aber nur begrenzt für öffentliche Güter mobilisieren. Gewinnorientierte Unternehmen haben andere Prioritäten.

Die Schwellenländer sind in den vergangenen dreißig Jahren wirtschaftlich rasant gewachsen. Brasilien, Indien und China weiteten ihren Handel aus, sodass Unternehmen dieser Länder Auslandsinvestitionen tätigten, und auch die Regierungen mehr für ODA-ähnliche Ziele beitrugen.

Die OECD versuchte daraufhin, globale Regeln für Entwicklungszusammenarbeit zu schaffen. Die wichtigsten Schwellenländer lehnten aber gemeinsame Standards ab und beharrten auf eigener Politikgestaltung. Globale Entwicklungsbemühungen wurden folglich weiter fragmentiert und politisiert – und vermutlich auch ineffizienter.

China etwa scheute vor einer engen Zusammenarbeit mit der OECD zurück und lernte entsprechend auch nicht aus deren Erfahrung. Zum Teil rührt die aktuelle Schuldenkrise vieler Länder daher, dass China Kredite vergab, ohne auf Korruption

oder die Qualität der Regierungsführung zu achten. Aber China trägt nicht allein Schuld. Die Kreditvergabe des Privatsektors an Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen hat stark zugenommen. Verantwortung tragen zudem auch den OECD-Ländern gehörende oder von diesen dominierte Institutionen.

Um die Schuldenprobleme zu lösen, sind Verhandlungen mit allen Gläubigern nötig. Die G20 (Gruppe der 20 führenden Volkswirtschaften) hat das Common Framework for Debt Treatment verabschiedet – ein guter Start, auch wenn es noch nicht voll funktionsfähig ist (siehe José Siaba Serrate auf www.dandc.eu). Das zeigt: Die internationale Gemeinschaft braucht stärkere Global Governance.

Das wiederum erfordert bessere Kooperation. Und dafür müssen westliche Regierungen mehr für die Förderung globaler öffentlicher Güter tun. Kritik an autoritären Regimen allein reicht nicht – selbst wenn sie berechtigt ist.



ANDRÉ DE MELLO E SOUZA
ist Wirtschaftswissenschaftler
am Ipea (Instituto de
Pesquisa Econômica
Aplicada), einer staatlichen

Denkfabrik in Brasilien.

andre.demelloesouza@alumni.stanford.edu

Twitter: @A_MelloeSouza

Jenseits der ODA

Hauptmerkmal der Entwicklungshilfe (ODA – official development assistance) ist die sogenannte Konzessionalität, also dass sie Empfängern großzügig und unentgeltlich gewährt wird. Bei Darlehen bedeutet dies meist reduzierte Zinssätze oder sogar Zinsfreiheit.

Was als ODA zählt, bestimmt die OECD, ein Zusammenschluss wohlhabender Nationen und Schwellenländer (siehe Hauptartikel). Über die Jahrzehnte gab es statistische

Anpassungen. Auch sogenannte grant equivalents und private-sector instruments wurden als ODA anerkannt, was zu Unstimmigkeiten und Verwirrung führte. Doppelzählungen sind üblich geworden. Das gilt besonders bei Schuldenerlassen, wenn das ursprüngliche Darlehen als ODA angerechnet wird, und das dann auch für die Kosten der Umstrukturierung gilt, obwohl das Empfängerland keine zusätzlichen Mittel erhält.

Angesichts solcher Mängel gibt es immer wieder Alternativen.

Am bekanntesten ist wohl „Total Official Support for Sustainable Development“ (TOSSD).

Darunter fallen verschiedene Finanzströme, die von einer Regierung unterstützt werden, einschließlich privater Geldflüsse. Befürworter finden, TOSSD spiegelt besser wieder, welche Mittel tatsächlich etwas bewirken. Allerdings werden so viele verschiedene Finanzströme erfasst, dass der Beitrag der Regierung oft unklar bleibt.

Radikaler ist der Vorschlag des „Global Public Investment“ (GPI). Es würde von einem ständigen Fonds verwal-

tet – unter der Kontrolle eines Multistakeholdergremiums. Es ginge also um eine neue Institution der Global Governance wäre.

ODA wäre dann obsolet. Länder würden entsprechend ihrer Fähigkeiten einzahlen und je nach Bedarf davon profitieren. Dieser Fonds wäre demokratisch und allumfassend. Die mächtigen Länder müssten dafür aber ihre nationale Entwicklungspolitik an eine globale Institution abtreten. AMS

LINK

Globale öffentliche Investitionen:
<https://globalpublicinvestment.org/>



»» Vielfältig vereint, gemeinsam zum Ziel.

Unser Ziel ist die weltweite Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebensbedingungen. Hier ist Ihr Einsatz gefragt, denn hinter jedem Projekt stehen unsere Mitarbeitenden. Durch einen starken Teamgedanken und ein vertrauensvolles Miteinander, in dem Vielfalt und Inklusion gelebt wird, schaffen wir Impulse und richtungsweisende Ideen zur Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft. Werden Sie Teil der KfW Entwicklungsbank und erleben Sie ein spannendes Arbeitsumfeld mit abwechslungsreichen Aufgaben: www.kfw-jobs.de

Bank aus Verantwortung

KfW



Jugendliche in Niger, einem der Länder mit der jüngsten Bevölkerung weltweit.

DEMOGRAFISCHE DIVIDENDE

Von sinkenden Kinderzahlen profitieren

In einigen Ländern Subsahara-Afrikas gehen die Geburtenzahlen zurück. Unter bestimmten Bedingungen kann das zu wirtschaftlicher Entwicklung beitragen. Um dies im Rahmen der Klima- und Umweltziele zu erreichen, sind allerdings gute Strategien nötig.

Von Frank Swiaczny, Sonja Haug, Susanne Schmid und Sabrina Gabel

Das globale Bevölkerungswachstum in Einklang zu bringen mit einer nachhaltigen Entwicklung, ist eine der wichtigsten Zukunftsfragen für Mensch und Umwelt. Allerdings bleibt dafür nicht mehr viel Zeit, das zeigen die jüngsten Erkenntnisse zur Klimakrise, zum Verlust von Artenvielfalt und Ökosystemen sowie der enorme weltweite Ressourcenverbrauch.

Die am wenigsten entwickelten Länder haben aufgrund hoher Geburtenraten eine sehr junge Altersstruktur: 60 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 25 Jahre. In vielen dieser Länder wächst die Bevölkerung zwar weiterhin, jedoch mit abnehmender Tendenz. Das eröffnet wirtschaftliche Chancen: Wenn nach vormals starkem Bevölkerungswachstum die Anzahl der Geburten je Frau sinken, steigt in der Regel der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung. Das bedeutet, es können mehr Menschen wirtschaftlich aktiv sein, während die Gesellschaft zugleich weniger Transferleistungen an Kinder oder Ältere erbringen muss. Dieser demografisch bedingte, potenzielle wirtschaftliche Nutzen heißt „demografische Dividende“.

Eine demografische Dividende entsteht allerdings keinesfalls zwangsläufig

allein aus einer günstigen Altersstruktur. Es gibt eine Reihe von Faktoren, die dazu beitragen können, dass aus der Bevölkerung ein Kapital entsteht, dessen Dividende die Lebensbedingungen verbessern kann. Welche Faktoren hier eine Rolle spielen, wird seit vielen Jahren diskutiert. Klar ist, dass ein hoher Anteil an Erwerbstätigen die wirtschaftliche Entwicklung befördern kann, wenn zugleich:

- in menschliche Entwicklung investiert wird – etwa in Gesundheit und Bildung – und
- neue, gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen oder geschaffen werden.

Das zumindest versprechen Entwicklungskonzepte, die auf klassischem Wirtschaftswachstum beruhen. In der Vergangenheit konnte eine solche demografische Dividende in einer Reihe asiatischer Länder beobachtet werden, darunter die „Tigerstaaten“ Südkorea und Taiwan.

Aktuell sinken in vielen Ländern in Subsahara-Afrika die Geburtenraten. Vorreiter sind dabei Länder wie Äthiopien, wo die Fertilität von mehr als sieben Kindern je Frau 1990 auf heute nur noch vier Kinder zurückgegangen ist. Im Durchschnitt liegt der Wert für diese Region noch bei 4,5 Kindern. Ob dies mittelfristig ebenfalls in eine demografische Dividende mündet, hängt unter anderem vom Verlauf des Fertilitätsrückgangs und von Investitionen in menschliche Entwicklung ab.

Die Afrikanische Union (AU) setzt daher auf Investitionen in die Jugend, damit afrikanische Länder vom Bevölkerungswachstum profitieren. Das betonten auch Fachleute auf einer virtuellen Konferenz an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg Ende 2021. Die Konferenz wurde im Rahmen des Arbeitskreises „Migration, Integration, Weltbevölkerung“ der Deutschen Gesellschaft für Demographie organisiert, in Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) und der Universität Koblenz-Landau (UKL).

EMISSIONEN STEIGEN

Diskutiert wurde dort auch ein Dilemma einer solchen wirtschaftlichen Entwicklung: Sie führt oft zu höherem Ressourcen-

verbrauch und mehr Emissionen. Dies war bei der konventionellen Industrialisierung der Fall. Sie hat zwar in der Vergangenheit vielerorts erfolgreich zu Wohlstand geführt – allerdings auch dazu, dass gegenwärtig etwa die Hälfte der Klimaerwärmung von nur zehn Prozent der Menschheit – nämlich den weltweit Wohlhabendsten – zu verantworten ist. Der Ressourcenverbrauch von Menschen in den am schnellsten wachsenden Bevölkerungen trägt aktuell kaum zur Klimakrise bei.

Der Entwicklungsansatz einer konventionellen Industrialisierung lässt sich in Subsahara-Afrika kaum nachhaltig realisieren. Zum einen wächst die Bevölkerung dort trotz sinkender Fertilitätsraten weiter, zum anderen sind die globalen Nachhaltigkeitsgrenzen durch die historische Entwicklung der Industrie- und Schwellenländer bereits weit überschritten. Ein solcher Ansatz ist deshalb für die Zukunft Subsahara-Afrikas kritisch zu betrachten.

Eine Möglichkeit, wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig zu realisieren, ohne den ressourcenintensiven Entwicklungspfad der Industrieländer zu kopieren, liegt im sogenannten Leapfrogging. Dabei werden bestimmte Entwicklungsstadien ausgelassen, wie es zum Beispiel bei der Telefoninfrastruktur in Nigeria der Fall war. Das Land „übersprang“ den Festnetzausbau, stattdessen verbreiteten sich Mobilfunkverträge. Damit gingen etwa direkte Möglichkeiten für mobile Bankkonten einher.

KLIMAGERECHTES WACHSTUM

Viele kleine Sprünge in verschiedenen Entwicklungsbereichen könnten in der Summe zu klimagerechtem Wachstum beitragen. Für viele afrikanische Länder dürfte es allerdings schwierig sein, die Entwicklungssprünge asiatischer Länder zu kopieren. Dies gilt besonders für Staaten, die noch immer unter den Folgen von Bürgerkriegen und anderen Konflikten leiden. In jedem Fall sollte die Wahrung sexueller und reproduktiver Rechte vom Prinzip der Menschenrechte geleitet sein.

In einigen Ländern Afrikas ist derzeit durchaus ein Wandel in der Einstellung zur Familienplanung zu beobachten, wie Fachleute auf der Konferenz betonten. Demnach hat beispielsweise in Äthiopien der Zugang zu Informationen zu sexual-



Schulkinder im Senegal.

ler und reproduktiver Gesundheit letztlich auch die Einschulungs- und Abschlussraten verbessert, insbesondere für Mädchen. Bei jungen Menschen in Afrika sei das Bedürfnis nach Aufklärung durchaus hoch und der Wunsch nach weniger Kindern und späteren Schwangerschaften weit verbreitet. Allerdings habe etwa jede zweite Frau in Subsahara-Afrika, die verhüten möchte, keine Möglichkeit dazu. Es fehle an Angeboten, beispielsweise für Jugendliche in Gesundheitsstationen. Würde dieser Bedarf gedeckt, trüge das zu einer nachhaltigen, an den Menschenrechten und der Gleichstellung der Geschlechter orientierten Bevölkerungsentwicklung bei.

LITERATUR

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 2021: Globale Bevölkerungsentwicklung. Fakten und Trends. BiB.BeVölkerungs.Studien 1/2021.

<https://www.bib.bund.de/Publikation/2021/Globale-Bevoelkerungsentwicklung.html?nn=15207364>

Klingholz, R., Sütterlin, S., Kaps, A., Hinz, C., 2020: Wie in Afrika große Entwicklungssprünge möglich werden. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

<https://www.berlin-institut.org/studien-analysen/detail/schnell-bezahlbar-nachhaltig>
Kaps, A., Schewe, A.-K., Klingholz, R., 2019: Wie sinkende Kinderzahlen Entwicklung beschleunigen. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

<https://www.berlin-institut.org/studien-analysen/detail/afrikas-demografische-vorreiter>



FRANK SWIACZNY
ist Wissenschaftler am
Bundesinstitut für
Bevölkerungsforschung in
Wiesbaden.

frank.swiaczny@bib.bund.de



SONJA HAUG
ist Professorin für Empirische
Sozialforschung an der
Ostbayerischen Technischen
Hochschule Regensburg und

Sprecherin des Arbeitskreises „Migration, Integration, Weltbevölkerung“ der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD).

sonja.haug@oth-regensburg.de



SUSANNE SCHMID
ist Leiterin des Referats
„Gesellschaftliche
Entwicklung, Migration,
Integration“ an der Akademie

für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung und Sprecherin des Arbeitskreises „Migration, Integration, Weltbevölkerung“ der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD).

schmids@hss.de



SABRINA GABEL
arbeitet in einem Projekt für
Bevölkerungsdynamik,
Sexuelle und Reproduktive
Gesundheit und Rechte bei

der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Der Beitrag gibt die persönliche Meinung der Autorin wieder.

sabrina.gabel@giz.de

KOLLEKTIVE TRAUMATA

Der Mann hinter den Auschwitzprozessen

Gesellschaften, die ein kollektives Trauma bewältigen müssen, stehen vor vielen Herausforderungen. Dazu gehört häufig auch, Gewalttäter zur Rechenschaft zu ziehen. Fritz Bauer, deutscher Jurist jüdischer Herkunft, hat wie kaum ein anderer zur Auseinandersetzung der Deutschen mit der NS-Zeit beigetragen. Mit seiner Arbeit beeinflusste er, wie die Vergangenheit wahrgenommen wurde – und auch das Bild Deutschlands im Ausland.

Von Suparna Banerjee

Fritz Bauer initiierte maßgeblich die Frankfurter Auschwitzprozesse zu Nazi-Verbrechen im Konzentrationslager Auschwitz. Er starb 1968 in Frankfurt am Main, doch seine Popularität wuchs vor allem in den 1990er-Jahren, als die Tragweite seiner Arbeit deutlicher erkannt wurde als zu seinen Lebzeiten. 1995 wurde das Fritz Bauer Institut in Frankfurt gegründet, das die Geschichte des Holocausts und seiner Nachwirkungen erforscht.

Fritz Bauer wurde 1903 geboren und machte seinen Jura-Abschluss an der Universität Heidelberg. Er stammte aus einer jüdischen Familie, war SPD-Mitglied und Richter am Amtsgericht in Stuttgart. Die Nazis verhafteten ihn 1933 und hielten ihn in den Konzentrationslagern Heuberg und Oberer Kuhberg gefangen.

Nach seiner Freilassung emigrierte Bauer nach Dänemark. Nach dem Krieg kehrte er nach Deutschland zurück und bekleidete hohe juristische Ämter in der jungen Bundesrepublik. „Es war ihm wichtig, an der Demokratisierung Deutschlands mitzuwirken“, sagt Katharina Rauschenberger, Forscherin am Fritz Bauer Institut.

Am 20. Dezember 1963 begann die Hauptverhandlung im ersten Frankfurter Auschwitzprozess. Fritz Bauer hatte sich dafür eingesetzt, dass in Frankfurt die Ermittlungen zu Auschwitz zusammenliefen. Er regte ein Großverfahren an, das es ermöglichen sollte, das System des industri-

alisierten Massenmordes in Auschwitz auszubreiten. Die Nazis ermordeten dort mehr als eine Million Menschen, vor allem Juden.

Fritz Bauer sah sich bald Kritik ausgesetzt. Viele stellten die Notwendigkeit der Prozesse infrage, auch vor dem Hintergrund, dass zuvor bereits in den Nürnberger Prozessen – durchgeführt von den Alliierten – die Verbrechen hochrangiger Nazi-Funktionäre verhandelt worden waren. „Für die Verbrechen in Osteuropa fühlte sich die deutsche Justiz jedoch lange Jahre nicht zuständig“, erklärt Katharina Rauschenberger. Erst der Ulmer Einsatzgruppen-Prozess 1958 verdeutlichte, dass in der Bundesrepublik noch viele ehemalige NS-Täter frei herumliefen, über deren Beteiligung an Verbrechen man noch nicht viel wusste.

Viele Bürgerinnen und Bürger sahen durch die Frankfurter Auschwitzprozesse den Ruf Deutschlands verunglimpft. Ihrer Meinung nach sollte das Land nach vorne blicken statt zurück. Das Leben normalisierte sich gerade – zumindest wünschten sich das viele. Einige argwöhnten, dass sich mit

Fritz Bauer ein Jude an Deutschland rächen wolle. Er erhielt Briefe voller Hass und Todesdrohungen.

DAS NAZI-SYSTEM VERSTEHEN

Statt zu resignieren, begann Bauer, die Öffentlichkeit über die Prozesse zu informieren. Ihm ging es darum, das System des industrialisierten Tötens zu verstehen: Wie hatte es so effizient funktionieren können? Inwiefern wussten Durchschnittsbürgerinnen und -bürger über die systematischen Massenmorde Bescheid, und wie hätte all das verhindert werden können?

Während der Nürnberger Prozesse hatten die Alliierten – unter Berufung auf das Völkerrecht – die Nazi-Gräueltaten als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft. Die Hauptangeklagten wurden für schuldig befunden, weil sie die Befehle gegeben hatten. Die anderen hatten diese Befehle „nur“ ausgeführt. Bei den Auschwitzprozessen wurde dagegen deutsches Recht angewandt. Im ersten Prozess wurde gegen mehr als 200 Personen ermittelt. Zu Prozessbeginn waren 22 Männer angeklagt, 17 von ihnen wurden 1965 zu unterschiedlichen Strafen verurteilt. Anders als beim Eichmann-Prozess in Israel durfte das Fernsehen die Verhandlungen nicht übertragen.

Die Auschwitzprozesse, insbesondere der erste Prozess von 1963 bis 1965, beeinflussten die politische Debatte, sowohl in Deutschland als auch im Ausland. In der



Fritz Bauer – die Aufnahme entstand gegen 1947.

DDR behauptete man, die Prozesse sollten zwar beweisen, dass Deutschland sich gewandelt habe, doch sei man im Westen an einer echten Strafverfolgung nicht interessiert. Zwei Argumente waren, dass die Urteile angesichts der begangenen Verbrechen recht milde ausfielen und dass bekannte NS-Funktionäre weiterhin hohe Ämter in der Bundesrepublik bekleideten.

In der DDR wurden Nazi-Verbrechen teils sogar mit der Todesstrafe bestraft. Einer der größten DDR-Prozesse im Hinblick auf Auschwitz war der gegen den SS-Arzt

Horst Fischer, der 1966 per Guillotine hingerichtet wurde. Er hatte als Arzt im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau an der Ermordung von mehr als 70 000 Gefangenen mitgewirkt.

Wie Katharina Rauschenberger vom Fritz Bauer Institut betont, waren die Nazi-Prozesse weder in Ost- noch in Westdeutschland willkommen, weil sie die Komplizenschaft der breiten deutschen Gesellschaft mit den Nazis beleuchteten, ohne die jene Verbrechen nicht in dieser Weise hätten verübt werden können. Erst Jahrzehnte später

ordnete die deutsche Gesellschaft die Bedeutung dieser Prozesse für die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit besser ein – und damit auch die Rolle von Fritz Bauer.



SUPARNA BANERJEE

ist Politikwissenschaftlerin aus Frankfurt. Sie dankt Katharina Rauschenberger vom Fritz Bauer Institut für

ihren Beitrag zu diesem Text.

mail.suparnabanerjee@gmail.com

Das Erbe der Auschwitzprozesse

Der erste von Fritz Bauer initiierte Frankfurter Auschwitzprozess begann im Jahr 1963. Eines der Ziele von Bauer war es, zu verstehen, wie der Holocaust organisiert war und welche Rolle auch niedere Ränge der SS dabei spielten (siehe Haupttext). Die 1960er-Jahre waren auch das Jahrzehnt der Studentenbewegung – geprägt von linken Ideologien, die eher das Kollektive betonten als das Individuelle.

Doch Fritz Bauer betonte mit den Auschwitzprozessen die individuelle Verantwortung: Ihm ging es darum, dass alle selbstkritisch die eigene Haltung zum Nationalsozialismus überprüfen sollten. Dies rückte der jüngeren Generation die Verbrechen der Nazizeit ins Bewusstsein. Viele begannen, ihre Eltern nach deren Rolle im Holocaust zu fragen – und was sie getan hatten, um diesen zu verhindern. Dies geschah in einer Zeit, als es weiten Teilen der Gesellschaft darum ging, „nach vorne zu schauen“ und nicht in der schmutzigen Vergangenheit zu wühlen.

Bis zu einem gewissen Grad beeinflussten die Prozesse auch das Image Deutsch-

lands im Ausland. Sie zeigten, dass die Bundesregierung es mit der Aufarbeitung der Vergangenheit ernst meinte. Dies war nötig, weil noch immer viele ehemalige Nazi-Funktionäre unbehelligt in hochrangigen Regierungspositionen saßen. Die Regierung weigerte sich, sie zu entlassen. Insofern bestärkten die Auschwitzprozesse ausländische Regierungen in der Ansicht, dass sich Deutschland seiner Vergangenheit stelle.

Trotz dieser Auswirkungen war Fritz Bauer selbst nicht sehr glücklich mit dem Ausgang der Prozesse, wie Katharina Rauschenberger vom Fritz

Bauer Institut in Frankfurt erklärt. Ihm wäre es lieber gewesen, die Angeklagten hätten im Prozess menschliche Regungen gezeigt und das Unrecht an den Opfern anerkannt. Stattdessen verbreiteten sie ihre Version der Geschichte: Sie schoben die Schuld auf die Führungsebene des Systems und gaben an, sie selbst hätten nur Befehle befolgt, um ihre eigene Haut zu retten.

Zudem wurden die Verbrechen wie „normale“ Verbrechen gemäß den Paragraphen für Mord im bundesdeutschen Recht behandelt. Die systematische Tötungsmaschine eines legitimierten Regimes, die mehr als eine Million Menschen in Auschwitz umbrachte, wurde reduziert auf Anklagen wegen

Mordes und Beihilfe zum Mord – als wären dort alltägliche Verbrechen begangen worden.

Trotz aller Kritik: Die Auschwitzprozesse trugen dazu bei, ein gewisses Bewusstsein für den Holocaust und den Nationalsozialismus zu schaffen. Dennoch dauerte es noch ungefähr zwanzig Jahre, bis die Geschichtswissenschaft sich mit der Ermordung der europäischen Juden beschäftigte und die Perspektive der Opfer einbezog, wie Katharina Rauschenberger betont. Dies ist auch der Forschungsansatz des 1995 in Frankfurt am Main gegründeten Fritz Bauer Instituts.

Fritz Bauer selbst sei es darum gegangen, zur Demokratisierung der Nachkriegsgesellschaft beizutragen, sagt Katharina Rauschenberger. Über die deutsche Gesellschaft sprach er immer im Plural als „wir“ – und machte deutlich, dass die Verantwortung für die NS-Zeit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Obwohl er Jude war, nahm er sich selbst dabei nicht aus.

Im kollektiven Gedächtnis Deutschlands hat Fritz Bauer heute selbst einen festen Platz. Erst im vergangenen Jahr erhielt er postum die Wilhelm-Leuschner-Medaille, die höchste Auszeichnung des Landes Hessen. SB



Der erste Frankfurter Auschwitzprozess, 1963.

Weniger Kirchenbesucher

Die Lockdowns und soziale Distanzierung während der Covid-19-Pandemie haben das Verhalten der Menschen verändert.

In Südafrika durften Christen die Kirchen nicht mehr besuchen. Dafür ermöglichten es digitale Technologien, Gottesdienste online über Plattformen wie Zoom und WhatsApp zu verfolgen. Jetzt, da physische Treffen wieder erlaubt sind, kehren die Besucher aber nicht in die Kirchen zurück, beklagen die Glaubensgemeinschaften.

Kirchengemeinden sind nicht nur für Glaubensfragen da, sondern sie sind auch Wirtschaftsunternehmen. Je mehr Anhänger eine Kirche hat, desto mehr Geld können die Pastoren oder Glaubensführer von den Gläubigen einnehmen.

Während der Corona-Lockdowns wurde das Kirchengeschäft digitalisiert und es wurden „Zoom-Kirchen“ eröffnet. Das war ein lukratives Unterfangen, da die Kirchen mehrere Gottesdienste abhalten, Teilnehmer aus der ganzen Welt gewinnen und Spenden (Zehnte, Opfergaben) über digitale Zahlungsplattformen einsammeln konnten.

Jetzt, wo die Pandemie abklingt, verlieren viele Kirchen in Südafrika Anhänger: „Durch die Rückkehr von online zu offline sind viele meiner Gemeindeglieder verschwunden“, sagt Pastor Leonard Cele von der Greater Africa Boksburg Church in Johannesburg. „Die Zoom-Kirchen, die wir im Jahr 2020 veranstaltet haben, bedeuteten, dass meine Gläubigen per Mausklick fünf verschie-

dene Gottesdienste in fünf Kirchen an einem Tag besuchen konnten und zwar von ihrem Laptop von zu Hause aus. Jetzt gibt es kaum mehr Zoom-Kirchen, und 30 Prozent der Gemeindeglieder erscheinen nicht mehr persönlich in der Kirche. Ich weiß nicht, ob ich sie an konkurrierende Kirchen verloren habe oder ob sie den Glauben kurzzeitig oder ganz aufgegeben haben“, sagt Cele.

Die Rückkehr zur Normalität nach der Pandemie war für Menschen und Institutionen auf der ganzen Welt nicht einfach. Für Pastoren wie Cele hat die Rückkehr zur Normalität neue Herausforderungen mit sich gebracht. Die Gläubigen können nicht mehr mehrere Messen besuchen, sondern müssen sich für eine Kirche entscheiden. „Das ist eine Krise für die Pastoren. Sie haben natürlich weniger Einnahmen, wenn die Gläubigen ihre Kirchen verlassen“, sagt Kudakwashe Magezi, ein Dichter aus Johannesburg.

Südafrika verhängte strenge Lockdowns, und es wurden Massenveranstaltungen wie Bierhallen, Sportveranstaltungen und Hochzeiten, aber auch Gottesdienste verboten. Die Kirchen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Südafrika, da sie Steuern zahlen müssen. Auch die Pastoren zahlen eine Einkommensteuer und leisten Beiträge zum Arbeitslosenversicherungsfonds. Im Jahr 2022 nahm die südafrikanische Steuerbehörde SARS nach einer Prüfung von 33 Kirchen, die bislang keine Steuern bezahlt hatten, über 740 Millionen Rand (40,1 Mio. €) von den Kirchen ein.



NYASHA BHOB
ist freie Autorin aus
Südafrika.

nyashabhobo@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

64. Jg. 2023

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation. Internet: www.DandC.eu ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 30.01.2023 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development und Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,
Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:
Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Pariser Straße 1
D-60486 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),
Jörg Döbereiner (JD), Katharina Wilhelm Otieno (KO), Dagmar Wolf (DW; Assistenz), Maren van Treel (MVT; Social Media)
Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk (SB), Ronald Sseguija Ssekandi (Kolumne Heutzutage), Aviva Freudmann, Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4-6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



Unsere Website hat ein neues Design
und ist für mobile Nutzung optimiert.
www.dandc.eu





In Gedenken an Gaddafi-Opfer wird dieser Platz in Tripolis „Platz der Märtyrer“ genannt.

LIBYEN

Gaddafi-Nostalgie

Als Menschenmassen am 17. Februar 2011 in Libyen auf die Straßen und Plätze strömten, forderten sie eine bessere Zukunft, Freiheit und Wohlstand. Doch mehr als zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Gaddafi-Regimes zeigt sich, dass diese Träume nie wahr wurden.

Von Moutaz Ali

In den letzten zehn Jahren haben die Libyer unter Instabilität, Bürgerkrieg, unkontrollierten bewaffneten Milizen und korrupten Politikern gelitten. Seit 2014 wurden keine Wahlen mehr abgehalten. Außerdem hat die Terrormiliz ISIS das Land zu einem ihrer wichtigsten Einsatzgebiete gemacht. Libyen wurde zu einem Haupttor für Menschen-smuggel nach Europa, worauf die europäischen Regierungen mit entsprechender Verärgerung reagierten.

Regionale und internationale Konflikte um Ressourcen in Libyen halten das Land ebenfalls instabil. Die Türkei hat militärische Präsenz im Westen Libyens, Russland im Osten des Landes. Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Katar haben verschiedene von Libyen betriebene Medien finanziert und aufgebaut, die durch Hassreden und andere Inhalte Gewalt und Konflikte schüren. Ägypten und Algerien waren nie besonders hilfreich bei der Stabilisierung ihres Nachbarn, und Tunesien wurde durch

den Konflikt in Libyen selbst wirtschaftlich schwer getroffen.

Angesichts dieser verheerenden Situation träumen viele Libyer, die sich vor zehn Jahren für eine bessere Zukunft starkmachten, wieder von der Vergangenheit und erinnern sich trotz aller Entbehrungen mit Nostalgie an die Gaddafi-Ära. Diese Nostalgie hat ihre Wurzeln in den Rückschlägen der letzten zehn Jahre, aber auch in der stetig abnehmenden Lebensqualität in allen Bereichen, etwa der Infrastruktur des Landes. „Wir hatten einen großen Flughafen mit täglichen Flügen zu Dutzenden von Zielen, einschließlich Europa. Jetzt haben wir nur noch einen sehr kleinen und bescheidenen Flughafen mit Flügen zu nur vier oder fünf Zielen“, sagt der libysche Reiseveranstalter Fouad Fazzani.

Der internationale Flughafen von Tripolis wurde 2014 in einem der historisch schwersten Gefechte zwischen Militär und Zivilisten in Brand gesteckt. Seitdem ist der ehemalige Inlandsflughafen Mitiga in Betrieb. Der Tourismus ist von der schwierigen Situation in Libyen stark betroffen, doch sie ist nur eine von vielen. Sie hat Milliarden Dollar Umsatz eingebüßt. Tausende verloren den Arbeitsplatz. Fazzani sagt: „Einige Jahre vor der Revolution haben wir begonnen, viele Touristen zu beherbergen und Reisen durch ganz Libyen zu organisieren. Jetzt liegt diese vielversprechende Branche

wegen der verheerenden Situation seit 2011 wieder am Boden.“

Außerdem wurden die meisten Investitionen in Immobilienprojekte eingefroren und bereits begonnene Baustellen aufgegeben. Ein Beispiel dafür ist das „Great-Man-Made-River“-Projekt, einst das weltweit größte Trinkwasser-Pipeline-Projekt für eine bessere Wasserversorgung der Bevölkerung und Landwirtschaft. Der Ausbau einer der letzten Phasen des Projekts, die den Dschabal Nafusa, ein arides Bergland im Nordwesten des Landes, versorgen sollte, wurde nach der Revolution eingestellt.

Die finanziellen Ressourcen Libyens befinden sich weitgehend in den Händen korrupter Politiker, die mit bewaffneten Milizenführern verbündet sind und von verschiedenen ausländischen Akteuren wie Russland, der Türkei, Katar und den VAE unterstützt werden. Viele Libyer sehen die Situation so: Alle verfolgen ihre eigenen Interessen, während das Volk darum kämpft, seine Kinder zu ernähren.

„Andere Länder wollen die Situation in Libyen instabil halten, indem sie die Menschen mit den von ihnen gegründeten Milizen verängstigen. Sie nutzen korrupte Politiker als Instrumente, um unsere Ressourcen in ihrem Namen zu stehlen“, sagt Doukali Meghri, ein Politikanalyst aus Libyen. Er fügt hinzu: „Deshalb unterstützen diese Länder auch weiterhin die verschiedenen lokalen Konfliktparteien. Sie wollen, dass sie sich weiterhin gegenseitig bekämpfen. Wahlen wären nicht in ihrem Interesse, denn jeder will seine korrupten Abgeordneten und politischen Verbündeten behalten.“

Doch selbst die Verzweiflung über die aktuelle Lage kann nicht darüber hinwegtäuschen, wie sehr Gaddafi in den 42 Jahren seiner Herrschaft seinem Land und seinem Volk geschadet hat. Er hat sich nicht nur viele Feinde in der Welt gemacht, die Menschenrechte verletzt und die Meinungsfreiheit massiv unterdrückt, sondern es auch versäumt, wichtige Bereiche wie Bildung und Gesundheit zu entwickeln. Dabei verfügt das Land über enorme Ressourcen. Bis heute leiden die Libyer unter den Folgen dieser Vernachlässigung.



MOUTAZ ALI
ist Journalist und lebt
in Tripolis, Libyen.

ali.moutaz77@gmail.com

TIGRAY-KONFLIKT

Äthiopiens zerbrechlicher Frieden

Im Tigray-Konflikt im Norden des Landes kamen geschätzt eine Million Menschen ums Leben. Nun gibt ein Friedensvertrag Anlass zur Hoffnung. Bei seiner Umsetzung dürfen aber die zugrunde liegenden Probleme nicht aus dem Blick geraten.

Von Markus Rudolf

Der 2020 ausgebrochene Konflikt zwischen dem äthiopischen Zentralstaat und der Regionalregierung von Tigray verlief äußerst brutal. Am Ende ging es darum, welche Seite bereit und in der Lage war, einen höheren Blutzoll zu entrichten. Soldaten wurden zu Kanonenfutter, die ausgehungerte Zivilbevölkerung zum Kriegspfad, Infrastruktur zum Ziel von Zerstörungen.

In der Folge gibt es im Norden Äthiopiens derzeit Millionen von Binnenvertriebenen. Die Wirtschaft des Landes ist um Jahre zurückgeworfen, die Bevölkerung von der Politik zunehmend desillusioniert. Gräben zwischen ethnischen Gruppen haben sich vertieft.

Der Friedensvertrag, im November in Südafrikas Hauptstadt Pretoria ausgehandelt, kam auch deshalb zustande, weil der äthiopische Zentralstaat vor dem wirtschaftlichen Kollaps stand. Geberländer machten zunehmend Druck. Auch seine

Kontrahentin, die Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF – Tigray People's Liberation Front), kämpfte um ihr militärisches und politisches Überleben. Sollte der Frieden scheitern, haben beide Kriegsparteien mehr zu verlieren als vor Abschluss des Vertrags: Oppositionelle Kräfte und Diasporagruppen üben harsche Kritik und stehen bereit, um das Ruder zu übernehmen.

Nachdem frühere Vereinbarungen wiederholt gebrochen worden waren, zweifelten viele daran, dass die Konfliktparteien ernsthaft an einem Frieden interessiert seien. Am Friedensvertrag wurde kritisiert, dass er zu lückenhaft und unverbindlich sei, sodass er schwer umzusetzen sein würde – oder sogar weitere Konflikte entfachen könnte.

Mittlerweile mehren sich aber die positiven Zeichen. Die Parteien trafen sich zunächst in Kenias Hauptstadt Nairobi und später in Tigray, um die Umsetzung des Vertrags zu besprechen. Zügig wurden mehr als 65 Prozent der Soldaten der Rebellengruppe Tigray Defense Forces (TDF) demobilisiert. Wichtige Zentren in Tigray sind wieder an das nationale Stromnetz angeschlossen, und humanitäre Akteure haben wieder Zugang zu Hilfsbedürftigen.

In bestimmten Gebieten werden allerdings weiterhin Menschenrechte verletzt,

und humanitäre Hilfe ist schwierig. Dies zeigt, wo die Bruchlinien des Friedensvertrages verlaufen: Die äthiopische Armee wurde von der amharischen Fano-Miliz und dem eritreischen Militär unterstützt. Beide waren offiziell weder Teil der Verhandlungen noch des Abkommens.

Welche Auswirkungen dies haben wird, ist ungewiss. Stand Januar 2023 ziehen sich die im Norden stationierten Eritreer plündernd zurück. Sie werden aber wohl nicht jenen Gebieten den Rücken kehren, die sie seit dem Krieg zwischen Eritrea und Äthiopien zur Jahrtausendwende beanspruchen. Wie auch die alliierten Amhara werden sie einen Ausgleich für erbrachte Opfer erwarten.

Bei der Umsetzung des Friedensabkommens sollten die tiefgehenden Probleme, die dem Konflikt zugrunde liegen, nicht aus dem Blickfeld geraten: skrupellose Eliten, die ethnische Konflikte strategisch anheizen; eine Spirale aus Gewalt, Traumatisierung und Rache; der Ausschluss breiter Teile der Bevölkerung von Entwicklungserfolgen – all das hat Äthiopien zurückgeworfen, sozial zerrüttet und wirtschaftlich ärmer gemacht.

Um diese Herausforderungen anzugehen, ist ein nationaler Dialog nötig. Zunächst wird aber wohl die wirtschaftliche Entwicklung im Vordergrund stehen. Diese hatte allerdings schon vor dem Konflikt keine starke soziale Integrationswirkung. Hinzu kommt, dass die äthiopische Zentralregierung geschwächt aus dem Konflikt hervorgeht.

Sie ist außenpolitisch isolierter und abhängiger von Schuldner und Partnern als vor dem Konflikt. Zudem verfügt sie nur noch über eine stark entkräftete und innerlich zerrissene Armee.

Der Aufbau Äthiopiens muss jetzt so geleistet werden, dass er erstens die genannten Probleme nicht verstärkt. Zweitens muss er auf allen politischen und militärischen Ebenen – regional, zentralstaatlich und international – gleichzeitig ansetzen, um ein erneutes Aufschaukeln zu unterbinden und die Grundlagen für echten Frieden zu schaffen.



Jetzt ruhen die Waffen – Kämpfer in der Region Afar im Frühjahr 2022.



MARKUS RUDOLF
ist Senior Researcher am
BICC (Bonn International
Centre for Conflict Studies).
markus.rudolf@bicc.de

ANGRIFF AUF DIE DEMOKRATIE

Noch eine Januar-Rebellion

Aus Protest gegen korrekte Wahlergebnisse verwüsteten Rechtsextremisten Regierungsgebäude in Brasília. Staatliche Institutionen reagierten schnell, aber wichtige Fragen bleiben offen.

Von André de Mello e Souza

Gewaltaktionen von rechtsgerichteten Unterstützern des abgewählten Präsidenten Jair Bolsonaro wurden nach der Stichwahl vom 30. Oktober 2022 befürchtet und sogar erwartet. Tatsächlich gab es im ganzen Land Demonstrationen, Straßenblockaden und Protestcamps. Dennoch verlief die Amtseinführung von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva am 1. Januar störungsfrei. Viele dachten, nun drohten keine weiteren antidemokratischen Aktionen.

Das war ein Irrtum. Am 8. Januar, einem Sonntag, stürmten wütende Bolsonaro-Anhänger den Präsidentenpalast, das Parlament und den Obersten Gerichtshof. Gekleidet in den Farben der brasilianischen Fahne verwüsteten rund 10 000 Extremisten die zentralen Gebäude der drei Staatsgewalten. Sie zerbrachen Glasfenster und -türen. Zerstört wurden Möbel und Kunstgegenstände von hohem kulturellen, historischen und finanziellen Wert.

Erst nach stundenlangen Krawallen gewannen die Sicherheitskräfte frisch verstärkt die Oberhand. Bis Montagabend gab es 1500 Festnahmen. Manche Täter wurden in flagranti erwischt, aber die Ermittler nutzten auch Fotos und Videos, um Verdächtige zu identifizieren. Manche hatten selbst das Beweismaterial online gestellt.

Dennoch beunruhigt, dass der Angriff nicht verhindert wurde. Trotz mehrerer Warnungen des Geheimdiensts begleitete die Militärpolizei des Bundesdistrikts Brasília den Mob freundlich durch die Stadt ins Regierungsviertel. Fotos zeigen Beamte, die den Demonstranten ihr Wohlwollen zeigen. Bolsonaro hat sich stets sehr um die Sicherheitskräfte bemüht. Ibaneis Rocha, der Gouverneur des Bundesdistrikts, ist sein Verbündeter und gilt nun als Komplize der Extremisten.

Offensichtlich war der Sturm auf Brasília sorgfältig geplant. Teilnehmende kamen mit Bussen aus dem ganzen Land. Die Transport- und Versorgungskosten trugen Unternehmer – vor allem aus dem Agrarsektor, der von Bolsonaros Missachtung der Umwelt profitierte. Die Koordination lief über soziale Medien, vor allem Twitter und Telegram.

Was in Brasília geschah – und von vielen als Terrorismus bezeichnet wird –, ähnelte offensichtlich dem Sturm auf das US-Kapitol am 6. Januar 2021. Die internationale Vernetzung der Rechtsextremisten ist belegt. Unterstützer des früheren US-Präsidenten Donald Trump gaben Bolsonaros innerem Zirkel Rat. Bolsonaro selbst war zum Zeitpunkt des Krawalls in Florida im Krankenhaus, was wie ein gut geplantes Alibi aussieht.

Die Institutionen Brasiliens haben konsequent durchgegriffen. Lula kündigte Konsequenzen für die Sicherheitskräfte in Brasília an, und der Kongress bestätigte das schnell. Der Präsident entließ dutzendfach Offiziere. Das Oberste Gericht suspendierte Rocha für 90 Tage von der Regionalregierung und sperrte Telegram mit der Auflage, alle relevanten Botschaften müssten der Bundespolizei übergeben werden. Anderson Torres, Bolsonaros ehemaliger Justiz-

minister, der für die Sicherheit in Brasília Verantwortung trug, wurde ebenso verhaftet wie der Chef der örtlichen Militärpolizei.

Aus Sicht vieler Beobachter sind Brasiliens Demokratie, Institutionen und Regierung nun gestärkt. Die Extremisten wollten einen Militärputsch auslösen, was ihnen misslang. Allerdings bleiben wichtige Fragen offen:

- Warum wurde das Militär nicht zu Hilfe gerufen? Manche meinen, die Lula-Regierung habe das Risiko gescheut, dass Generäle sich verweigert hätten. Lula sagt, er habe dem Militär keine Machtfrage überlassen wollen. Der Chef der Militärpolizei von Brasília behauptet, die Armee habe ihn ein Protestlager in der Nähe ihrer Kasernen nicht räumen lassen.
- Was ist in der Regierung des Bundesdistrikts falsch gelaufen? Wusste Rocha, was los war, oder wurde er selbst hinters Licht geführt?
- Welche Firmen haben die Proteste finanziell unterstützt?
- Welche Rolle spielten Ausländer und deren Organisationen? Besonders interessant ist, wie soziale Medien international genutzt wurden.

In diesem Szenario ist es ermutigend, dass ausländische Spitzenpolitiker schnell ihre Solidarität mit Lula aussprachen.



ANDRÉ DE MELLO E SOUZA arbeitet als Ökonom für das brasilianische Bundesinstitut Ipea (Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada).

Twitter: @A_MelloSouza



Fotos vom 8. Januar 23 in Brasília ähneln denen vom 6. Januar 2021 in Washington.

KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ

Aufeinander angewiesen

Die Zukunft der Menschheit hängt davon ab, wie wir mit der Umwelt umgehen. Die Klimakrise und der Verlust von natürlichen Ökosystemen prägen zunehmend auch die Beziehungen zwischen reicheren und ärmeren Weltregionen. Die Themen sind existenziell. Eine intakte Natur ist die Grundlage unserer Gesundheit, Ernährung, Wirtschaft – kurz: unserer Lebensqualität.

Von Jörg Döbereiner

Seit dem Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 gibt es globale Abkommen, um die großen ökologischen Krisen zu bremsen. Dennoch bleibt der Fortschritt langsam. Ende des vorigen Jahres fanden die Weltklimakonferenz in Scharm el-Scheich und die Weltnaturkonferenz in Montreal statt. Wie der

unter Schutz zu stellen. Bisher sind nur etwa 16 Prozent des Landes und acht Prozent der Meere geschützt. Es muss also noch viel geschehen – und das birgt Konfliktpotenzial.

In vielen Gebieten, die geschützt werden sollten, leben indigene Völker oder lokal verwurzelte Gemeinschaften. Ihre Interessen dürfen nicht gegen den Naturschutz ausgespielt werden. In Uganda wurde beispielsweise das Volk der Batwa aus seinem Lebensraum im Regenwald vertrieben, um dort lebende Berggorillas zu schützen.

Es ist deshalb gut, dass in der Abschlusserklärung von Montreal mehrfach steht, dass die Rechte indigener Völker gewahrt und lokale Gemeinschaften am Naturschutz mitwirken sollen. Wo sie als Hüterinnen und Hüter der Natur anerkannt und unterstützt werden, sind sowohl die Natur

Ökosysteme nicht so zerstören, wie es etablierte Industrieländer getan haben. Letztere müssen aus Eigeninteresse an einer stabilen globalen Umwelt die Partnerländer dabei nach Kräften unterstützen.

Zugleich müssen Nationen mit schlechter Klimabilanz ihren Lebensstil so schnell wie möglich CO₂-neutral gestalten, um die Erderwärmung einzudämmen. Sie bringt nicht nur großes Leid über Gesellschaften, die selbst historisch eher wenig Klimagase ausgestoßen haben, sondern dezimiert auch maßgeblich die Vielfalt an Arten und Ökosystemen.

Sowohl die Biodiversitäts- als auch die Klimakrise zeigen also deutlich: Um das Leben auf der Erde zu schützen, sind alle aufeinander angewiesen. Allerdings fehlt es an globaler Solidarität. Insbesondere leben reiche Länder weiterhin deutlich über ihren Verhältnissen und halten noch immer Finanzierungsversprechen zum Klimaschutz nicht ein.

Globale Krisen lassen sich nur multilateral lösen. Verantwortungslose Alleingänge einzelner Staaten, wie Russlands Angriff auf die Ukraine, sind nicht akzeptabel. Aber auch innenpolitische Versäumnisse können global verheerende Folgen haben. Unter dem abgewählten Präsidenten Jair Bolsonaro nahm die Abholzung des Regenwalds in Brasilien so zu, dass dieser inzwischen mehr CO₂ ausstößt, als er bindet. Als Bolsonaros Anhänger am 8. Januar rebellierten, griffen sie also unmittelbar das internationale Gemeinwohl an.

Die Erklärungen von Montreal und Scharm el-Scheich eröffnen die Chance, jetzt vieles besser zu machen. Es beginnt bei den reichen Staaten, sie müssen ihre Versprechen halten. Für den Naturschutz bedeutet das, die in Montreal neu zugesagten 20 Milliarden Dollar pro Jahr zuverlässig ärmeren Ländern zukommen zu lassen – und zwar über bereits bestehende entwicklungs- und klimapolitische Versprechen hinaus.

Das 2030-Ziel muss erreicht werden. Wir müssen langfristig möglichst viel von dem retten, was von unseren schwindenden Lebensgrundlagen noch übrig ist.



Am Ende einigten sich die Delegierten von COP15 in Montreal auf eine gemeinsame Erklärung.

Klimagipfel stand auch der Naturgipfel kurz vor dem Scheitern.

In Scharm el-Scheich einigten sich die Delegierten am Ende darauf, einen Fonds einzurichten, um arme Länder für Klimaschäden zu entschädigen, aber für Klimaschutz wurde nicht genug erreicht. Montreal wird in Erinnerung bleiben wegen des ambitionierten Ziels, bis 2030 weltweit 30 Prozent der Land- und Meeresflächen

als auch die darin lebenden Menschen geschützt – eine Win-win-Situation.

Globaler Naturschutz erfordert zudem das aktive Mitwirken von Schwellen- und Entwicklungsländern. Sie beherbergen viele besonders schützenswerte Gebiete wie den Amazonas in Brasilien oder die Regenwälder im Kongobecken und in Indonesien. Das Wohl der Menschheit hängt davon ab, dass sie auf dem Weg zu mehr Wohlstand ihre



JÖRG DÖBEREINER
ist Redakteur bei E+Z
Entwicklung und
Zusammenarbeit / D+C
Development and

Cooperation.
euz.editor@dandc.eu



www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation



D+C Development and Cooperation

Sustainable development requires global awareness and local action.
Media Production · Frankfurt am Main · 414 followers

See all 7 employees on LinkedIn

+ Follow

Visit website

More

Home

About

Posts

Jobs

People

Page posts



D+C Development and Cooperation

414 followers
3h · 🌐

Ten years after #Tunisia's first free #elections, it increasingly looks as though its young #d...see more



EU must not simply watch Tunisia's democracy die

🌐 Development and Cooperation on LinkedIn · 3 comments

by Hans Dembowski On 25 July, Tunisia's president Kais Saïe...



Like



Comment



Share



Send

Folgen Sie
uns auf
LinkedIn!

Liebe Leserinnen und Leser,

wir sind neuerdings auch auf LinkedIn vertreten, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Wir laden Sie herzlich ein, uns dort zu folgen. Sie finden uns unter

www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation

Wir werden auf LinkedIn kurze Kommentare veröffentlichen und Themen künftiger Ausgaben von E+Z/D+C diskutieren. Außerdem werden wir dort auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hinweisen.

ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT | **E+Z**

SCHWERPUNKT

Bildung für alle

„Sexualkundeunterricht beugt Gewalt und sexuellem Missbrauch vor.“ **PAMELA CRUZ, S. 19**

„Vor der Pandemie schossen Privatschulen überall in Nigeria geradezu aus dem Boden.“
BIMBOLA OYESOLA, S. 22

„Die Nachfrage nach gut ausgebildeten Fachkräften in Ghanas IT-Sektor ist hoch.“
MARIAN BURCHARDT UND FLORIAN STOLL, S. 23

„Genügsamkeit, Sensibilität und Selbstfindung – das sind für Gen-Z Bestandteile eines guten Arbeitslebens.“
SUSANNE NEUBERT UND MIRIAM HOLLÄNDER, S. 25

„Libanons staatliche Schulen verlangen Dokumente, die er als Geflüchteter nicht beschaffen kann.“
MONA NAGGAR, S. 27

„Die Pandemie hat viele Schwächen des indischen Bildungssystems aufgedeckt.“ **ROLI MAHAJAN, S. 28**

„Wegen Mangel an Sanitäranlagen versäumen viele Mädchen aus Nepals Dörfern jeden Monat mindestens vier Schultage.“ **RUKAMANEE MAHARJAN, S. 30**

„Wer mit Menschen aus benachteiligten Schichten arbeiten will, muss ihre Sprache verstehen.“
MARTIN KÄMPCHEN, S. 32



„Mutter sein ist kein Kinderspiel“
– mexikanisches Plakat 2014.

TEENAGER

Zu jung, um Mutter zu sein

Schwangerschaften im Teenageralter sind ein Problem in vielen Ländern mit niedrigen Einkommen. Nach UN-Angaben sind Lateinamerika und die Karibik nach Subsahara-Afrika die Regionen mit dem höchsten Anteil an jugendlichen Müttern – 18 Prozent sind bei der ersten Geburt jünger als 19 Jahre. Mexiko zeigt, dass Bildung, insbesondere Sexualerziehung, hilft.

Von Pamela Cruz

Wenn Teenager bereits Mütter werden, ist ihr Risiko, arm zu werden oder zu bleiben, sehr hoch. Junge Mütter brechen meist die Schule ab, was ihre Arbeitsperspektiven verschlechtert. Frühschwangerschaften wirken sich außerdem negativ auf die Gesundheit und Entwicklung der Mütter aus. Studien haben gezeigt, dass jugendliche Mütter, die jünger als 15 Jahre sind, viermal häufiger von Müttersterblichkeit betroffen sind und ein höheres Risiko für Komplikationen wie Anämie, Bluthochdruck und Frühgeburten haben.

Mexiko hat die höchste Geburtenrate bei Jugendlichen unter den Mitgliedsländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Orga-

nisation for Economic Co-operation and Development – OECD), eines Zusammenschlusses von 38 Ländern mit meist hohen Einkommen. Die Gesamtzahl der jugendlichen Mütter unter 20 Jahren geht zwar seit 2007 zurück, ihr Anteil ist mit 15,1 Prozent an der Gesamtzahl der 2020 in Mexiko registrierten Geburten laut dem Barcelona Institute for Global Health aber immer noch hoch. Mit dieser Zahl erreichte die Geburtenrate der mexikanischen Frauen unter 20 Jahren zwar ihren niedrigsten Stand seit 2007. Doch die Covid-19-Pandemie hat die Situation wieder verschlechtert. Der Nationale Bevölkerungsrat in Mexiko schätzt, dass die Zahl der ungewollten Teenagerschwangerschaften um 30 Prozent gestiegen ist.

Die Gründe für Teenagerschwangerschaften sind vielfältig. Dazu zählen Kinderheirat und frühe Eheschließungen als Folge von Armut, geschlechtsspezifische Ungleichheiten und schädliche Traditionen. Auch Gewalt und sexueller Missbrauch führen zu Teenagerschwangerschaften. Hinzu kommen Faktoren wie ein begrenzter Zugang zu umfassender Sexualerziehung und sexuellen Gesundheitsdiensten sowie mangelndes Wissen über Verhütungsmethoden und deren Anwendung.

Die Häufigkeit von Teenagerschwangerschaften ist innerhalb Mexikos sehr unterschiedlich, wobei in den ärmsten Bundesstaaten Guerrero und Chiapas die Rate an Frühschwangerschaften besonders hoch ist. In Chiapas gibt es beispielsweise generationenübergreifende und kulturelle Traditionen, die die Familienplanung einschränken, da die Religion Verhütungsmitteln ablehnend gegenübersteht und die Geschlechterrollen den Männern in dieser Frage die Entscheidungsgewalt überlassen.

Es ist Aufgabe des Staates, diese Mechanismen zu identifizieren und zu verstehen, um wirksame Maßnahmen dagegen ergreifen zu können. 2018 ließ die mexikanische Regierung Daten zur nationalen Gesundheit und Ernährung erheben. Demzufolge beginnen 23 Prozent der Jugendlichen ihr Sexualleben im Alter zwischen 12 und 19 Jahren. Davon haben 15 Prozent der Männer und 33 Prozent der Frauen bei ihrem ersten sexuellen Kontakt nicht verhütet. In Mexiko weiß ein erheblicher Prozentsatz der Bevölkerung über Verhütungsmethoden Bescheid, bei der Anwendung gibt es jedoch große Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen.

Die Erhebung zeigt ebenfalls, dass sexuell aktive Frauen zwischen 15 und 49 Jahren zu 75 Prozent Verhütungsmittel nutzen, während die entsprechende Rate bei Frauen, die eine indigene Sprache sprechen, nur 64 Prozent und bei Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren nur 60 Prozent beträgt.

Der staatliche Schutz der sexuellen und reproduktiven Rechte ist in Mexiko begrenzt und ungleich verteilt. Der Zugang zu Verhütungsmitteln und Sexualerziehung hängt von Faktoren wie Alter, Herkunftsort und sozioökonomischem Status ab. So gibt es beispielsweise verarmte, isolierte und schwer zugängliche Gemeinden in ländlichen Gebieten wie Chiapas, Puebla, Tabasco oder Michoacán. Dort mangelt es an Verhütungsmitteln und dem Zugang zu Gesundheitsdiensten.

NATIONALE STRATEGIE

Die mexikanische Regierung ist sich des Problems bewusst und hat 2015 eine „nationale Strategie zur Verhütung von Teenagerschwangerschaften“ ins Leben gerufen. Diese setzt auf einen mentalen Wandel, der durch die Förderung der sexuellen und reproduktiven Rechte von Mädchen, Jungen und Heranwachsenden erzielt werden soll. Der Schwerpunkt liegt auf dem Selbstbestimmungsrecht von Mädchen, denen bewusst gemacht werden soll, dass Gewalt in Beziehungen nichts zu suchen hat und dass sie auch Nein zu sexuellen Avancen sagen dürfen. Auch Jungen werden avisiert. Ihnen soll ein Bild positiver Männlichkeiten vermittelt werden, um Gewalt in Beziehungen und brutale Sexualpraktiken zu verhindern.

Der Nationale Rat für die Bewertung der Politik der sozialen Entwicklung (CON-EVAL), eine dezentralisierte öffentliche Einrichtung der Bundesverwaltung, führte während der Covid-19-Pandemie eine Studie durch, um zu erfahren, wie die jugendliche Bevölkerung Zugang zu den Dienstleistungen sexueller und reproduktiver Gesundheit hat. Die Studie fand große regionale Unterschiede in Bezug auf die Verfügbarkeit von Räumen, Ausstattung und Material für die Erbringung von Dienstleistungen.

Positiv zu vermerken ist, dass mehr als 80 Prozent der Jugendlichen angaben, dass ihre Schulen vor Ort Informationen über sexuelle und reproduktive Gesundheit anbieten und dass die Schulen das beste Mittel zur Verbreitung sind. 60 Prozent gaben an, dass sie über Materialien verfügen, die es ihnen ermöglichen, ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit zu verstehen, und fast 85 Prozent gaben an, dass Schulbücher Informationen zu diesen Themen enthalten.

Sexualkundeunterricht ist nicht nur notwendig, um ungewollte Schwanger-

schaften von Jugendlichen und jungen Menschen zu verhindern, sondern beugt auch Gewalt und sexuellem Missbrauch vor. Wissen, Selbstbestimmung und Selbstfürsorge ermöglichen es Mädchen, Themen wie reproduktive Gesundheit, den Menstruationszyklus und die Verwendung von Verhütungsmitteln anzusprechen. Je besser Kinder und Jugendliche informiert sind, desto eher sind sie in der Lage, sich sexuellem Missbrauch zu verweigern (oder ihn aufzudecken) sowie den Beginn sexueller Beziehungen hinauszuzögern.

Sexualaufklärung ist eine Aufgabe, der sich Länder weltweit stellen müssen. Lateinamerika und besonders Mexiko haben unbestreitbar Fortschritte bei der Gewährleistung sexueller und reproduktiver Rechte sowie bei der Förderung der Gleichstellung gemacht.

In Mexiko müssen gemäß Artikel 3 der Verfassung Schul- und Studiencurricula eine geschlechtsspezifische Perspektive einnehmen und sexuelle und reproduktive Aufklärung enthalten.

Der Oberste Gerichtshof hat 2021 die Abtreibung entkriminalisiert und ihre Kriminalisierung für verfassungswidrig erklärt. In jüngster Zeit haben eine Reihe von Bundesstaaten die Abtreibung legalisiert, und zwar 9 Staaten, von denen 4 den freiwilligen Schwangerschaftsabbruch in den ersten 12 Wochen der Schwangerschaft unabhängig vom Grund erlauben: Mexico Stadt, Oaxaca, Hidalgo und Veracruz. Mehr denn je ist es wichtig, dass die Sexualerziehung über das Recht auf einen legalen Schwangerschaftsabbruch informiert und dass die Jugendlichen wissen, dass die Gesetze mehrerer Bundesstaaten ihnen das Recht einräumen, selbst über ihren Körper zu entscheiden.

Der Weg zur Gewährleistung und zum Schutz der sexuellen und reproduktiven Rechte ist jedoch noch lang. Es gibt immer noch kulturelle Hindernisse und ideologische Strömungen, die diese Rechte einschränken wollen. Ein aktuelles Beispiel ist eine Eltern-Initiative aus dem Jahr 2020.

Diese Initiative schlägt vor, im Unterricht Inhalte zu verbieten, die den ethischen, religiösen oder moralischen Überzeugungen der Eltern zuwiderlaufen, insbesondere zu Themen wie Vielfalt, Inklusion, Geschlechterperspektive sowie Sexual- und Reproduktionsaufklärung. Würde dies umgesetzt, würden die Rechte von Kindern und Jugendlichen auf ein gewaltfreies Leben und eine gesunde Sexualität definitiv eingeschränkt.

Die Kampagne wurde in fünf Bundesstaaten vorgeschlagen und zunächst im Bildungsgesetz des Bundesstaates Aguascalientes genehmigt. Eine Gruppe von Akteuren der Zivilgesellschaft sowie das „National System for the Protection of Children and Adolescents“ hatten jedoch gefordert, dass die genannte Verordnung dort zurückgezogen und entfernt werden muss und nicht von anderen Staaten genehmigt werden darf. Bislang hat der Oberste Gerichtshof die Elterninitiative zur Einschränkung der Erziehung nicht angenommen, und ein Bundesrichter hat sogar ihre Aussetzung angeordnet.



PAMELA CRUZ
ist Koordinatorin bei
Comunalia, einem Netzwerk
von Bürgerstiftungen in
Mexiko, und strategische

Beraterin bei MY World Mexico.

pamela.cruz@gmail.com



Vier Staaten haben Abtreibung in den ersten 12 Wochen der Schwangerschaft legalisiert.

Menstruationsgerechtigkeit in Mexiko

Sehr lange Zeit war Menstruation in Mexiko ein Tabu. Sie wurde in der Gesellschaft nicht erwähnt, und staatliche Stellen scheuten sich, darüber zu sprechen. In jüngster Zeit hat sich der Ansatz der Regierung jedoch geändert, und sie fördert nun Menstruationsgerechtigkeit. Es sind bemerkenswerte Fortschritte zu verzeichnen, auch wenn einige Menschen nach wie vor nicht oder nur unzureichend informiert sind.

In gewissem Maß wird Menstruation weiterhin tabuisiert und stigmatisiert. Zu den Folgen gehören mangelhafte Gesundheitsinfrastruktur und begrenzter Zugang zu Menstruationsprodukten. Bis Januar 2022 galten Menstruationsprodukte in Mexiko sogar als Luxusartikel, da sie steuerlich

wie nicht lebensnotwendige Produkte behandelt wurden. Heute sind Binden, Tampons und Menstruationstassen zwar steuerfrei, aber dennoch hat nicht jede Frau wirklich Zugang zu diesen Produkten.

Mehr als die Hälfte der mexikanischen Bevölkerung lebt mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze, und 17% haben nicht die Kaufkraft, um alles zu kaufen, was sie für den täglichen Bedarf benötigen. Ausreichende Lebensmittel und Materialien für die Menstruationshygiene bleiben oft unerreichbar. Außerdem haben viele Frauen keinen Zugang zu sauberen und sicheren Toiletten, und die Hygieneprobleme werden während der Menstruation noch verschärft. Es ist die Pflicht der Regierung,

hier einen Wandel herbeizuführen.

Seit 2021 hat sich die Situation in Mexiko verbessert. Bis zu einem gewissen Grad sind Menstruationshygienematerialien zumindest im öffentlichen Schulsystem inzwischen kostenlos erhältlich. Neun von 32 mexikanischen Bundesstaaten haben den kostenlosen Zugang gewährt, insbesondere für Mitglieder benachteiligter ländlicher und indigener Gemeinschaften. Michoacán war der erste Bundesstaat, der darauf bestand, dass die Schulen diese Waren kostenlos zur Verfügung stellen müssen. Menstruationserziehung ist dort außerdem als Teil einer umfassenden Sexualerziehung in die Lehrpläne integriert. Das ist wichtig, denn viele Mädchen erleben ihre erste Regelblutung als Schock, weil sie nicht wissen, was mit ihrem Körper geschieht. Das ist in vielen Ländern ähnlich.

Die Verteilung kostenloser Menstruationsprodukte

sollte mit anderen ergänzenden Maßnahmen einhergehen, etwa einer umfassenden Aufklärung und der Erhebung fundierter Daten über Menstruation in Mexiko, um so evidenzbasierte öffentliche Maßnahmen und Programme entwickeln zu können.

Einen Meilenstein zur Datenerhebung stellt die im Oktober 2022 veröffentlichte erste nationale Studie zum Menstruationsmanagement in Mexiko dar. Sie wurde von den Organisationen Menstruación Digna México und UNICEF zusammen mit dem Hygieneartikelhersteller Essity erhoben. Die Studie zeigt auf, wie Mädchen und Frauen mit ihrer Menstruation leben und wo Lücken in der Gesundheitsinfrastruktur und der Gesetzgebung sowie soziokulturelle Hindernisse bestehen. In der Studie wurden 3000 Frauen im Alter zwischen 12 und 70 Jahren, die menstruieren oder menstruieren haben, befragt. PC



Würde in der Menstruation wird in ganz Lateinamerika, wie hier in Kolumbien, eingefordert.



Staatlicher Schulhof im Bundesstaat Kwara.

PRIVATBILDUNG

Kaum Vertrauen in Staatsschulen

Aus Unzufriedenheit mit öffentlichen Schulen präferieren selbst arme Eltern in Nigeria Privatbildung. Manche Schulen sind aber recht schlecht.

Von Bimbola Oyesola

Olufemi Olajide ist gewohnt, 80 Prozent eines Einkommens für Schulgebühren aufzuwenden. Er will seine drei Kinder nicht auf staatliche Schulen schicken, in denen „100 und mehr Kinder in einem Klassenzimmer nur einen einzigen Lehrer haben“. Seit er in der jüngsten Wirtschaftskrise seinen Job verlor, ist die Bildungsfinanzierung eine große Sorge.

Er gehört zur oberen Mittelschicht und hat selbst staatliche Schulen besucht. Seinerzeit gab es kaum Privatschulen, und das öffentliche Bildungssystem war in einem besseren Zustand.

So sehen das viele in Nigeria. Das öffentliche System gilt als unterfinanziert und schlecht verwaltet. Vielen Gebäuden ist der hohe Investitionsbedarf anzusehen.

Generell werden private Bildungsausgaben heute als Investition in die Zukunft der Kinder gesehen. Viele Eltern geben dafür viel Geld aus. Andere ziehen aus religiösen Gründen Privatschulen ihrer Glaubensgemeinschaften vor.

Dem Gesetz zufolge ist die Primarstufe für alle verbindlich und kostenfrei. Dennoch besuchen laut Fachleuten nur etwa 60 Prozent der Altersgruppe sechs bis elf regelmäßig die Schule.

Statista zufolge hatte das Land im Schuljahr 2018/2019 rund 117.000 Grundschulen, von denen 55.000 privat waren. Vor der Pandemie schossen Privatschulen überall in Nigeria geradezu aus dem Boden. Während der Corona-Lockdowns mussten viele wieder aufgeben. Wegen Geldmangel tun sich andere immer noch schwer, wieder durchzustarten. Allerdings nimmt die Privatwirtschaft wieder Fahrt auf, und das ist auch im Bildungssektor so.

Unterschiedliche Schulen dienen zu unterschiedlichen Gebühren unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Das, was sich arme Menschen leisten können, kann mit dem Niveau der teuersten Schulen natürlich nicht mithalten. Diese sind mit Material und Personal gut ausgestattet. Sie haben moderne Labore, Bibliotheken, Turnhallen, Schwimmbäder et cetera. Sie bieten vielfältige Fächer an, von Informationstechnik bis zu Kunst und Musik. Auf eine Lehrkraft kommen nicht viele Lernende.

Adunola Adebote ist eine Pädagogin, die als Lehrerin, Beraterin und Direktorin sowohl in privaten als auch in staatlichen

Schulen gearbeitet hat. Aus ihrer Sicht ist das Leistungsniveau in guten Privatschulen höher, unter anderem weil Schüler und Schülerinnen zu Wettbewerben eingeladen werden. Es gibt auch Stipendien für brillante Kinder. Verschiedene Fähigkeiten werden trainiert. Während der Pandemie gab es Onlineunterricht, und alle Mitglieder einer Klasse hatten die nötigen technischen Geräte.

Aus Adebotes Sicht spielt auch eine Rolle, dass Eltern mitbestimmen können, was ihr Kind in der Schule tut. Gute Privatschulen sähen die Eltern als Partner. Zudem gebe es Sicherheitskonzepte wie etwa Wachen an Schultoren.

Aus offensichtlichen Gründen sind solche Schulen sehr teuer. Nicht nur staatliche Schulen verfügen nicht über die entsprechenden Mittel. Auch viele Privatschulen tun das nicht.

Manche gewinnorientierten Menschen haben verfallene oder nicht fertig gebaute Häuser in billige Privatschulen verwandelt. Typischerweise haben die Lehrkräfte dort keine pädagogische Ausbildung. Die Unterrichtsqualität kann so gering sein, dass die Regierungen mancher Bundesstaaten schon drohen, Einrichtungen zu schließen, die nicht registriert sind, offizielle Lehrpläne nicht einhalten, Sicherheitsregeln missachten oder andere öffentliche Normen ignorieren.

Dennoch halten Eltern diese Schulen für besser als staatliche. In gewissem Umfang haben benachteiligte Gemeinschaften auch begonnen, Selbsthilfe-Schulen einzurichten. Diese beuten zwar Elternängste nicht aus, können aber selbstverständlich mit den teuren Privatschulen nicht ansatzweise konkurrieren.

Adebote hält es für ein großes Problem, dass so viele Privatschulen mit geringer Qualität entstanden sind. Der Staat müsse mit stimmigen Regeln für hohe Qualität im Bildungswesen sorgen. Das sehen auch manche Politiker so. Der Landtag des Bundesstaates Lagos hat kürzlich Gouverneur Babajide Sanwo-Olu aufgefordert, dafür zu sorgen, dass Privatschulen Mindeststandards erfüllen, bevor sie zugelassen werden.



BIMBOLA OYESOLA
ist Journalistin und lebt in
Lagos.

oritokeoyee@gmail.com

ARBEITSMARKT

Braindrain in Ghanas Digitalbranche

Die vergleichsweise attraktiven Jobs im ghanaischen IT-Sektor ziehen erfolgsorientierte, wechselbereite junge Leute an. Der Konkurrenzkampf um hoch qualifizierte Talente tobt nicht nur zwischen einheimischen Unternehmen, sondern zunehmend auch auf dem globalen digitalisierten Arbeitsmarkt.

Von Marian Burchardt und Florian Stoll

Die Situation auf dem ghanaischen Arbeitsmarkt ist für junge Menschen schwierig. Die globale Wirtschaftskrise hat auch vor Ghana nicht haltgemacht, die Inflationsrate des Landes lag im Sommer bei mehr als 30 Prozent. Unter den Jugendlichen sowie Universitätsabsolventinnen und -absolventen ist die Arbeitslosigkeit hoch (siehe Kasten).

Innerhalb der relativ kleinen Gruppe formell angestellter junger Menschen sehen sich viele bereits kurz nach Stellenantritt nach neuen Jobs um. Wegen der hohen Zahl von Bewerbungen auf einzelne Jobs nehmen sehr viele Personen auch Stellen an, deren Bezahlung, Tätigkeit und Arbeitsbedingungen nicht ihren Wünschen entsprechen. Die einmal erlangte Stelle wird also mitnichten als Garant für ein erfüllendes Leben und stabile Erwerbsverhältnisse wahrgenommen. Weshalb ist dies so? Mit dieser Frage setzt sich ein Forschungsprojekt auseinander, das seit Mai 2020 am Institut für Soziologie der Universität Leipzig angesiedelt ist und Fördermittel vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erhält.

Die Dynamiken des Jobwechsels lassen sich besonders gut im Sektor der Digitaltechnologien verfolgen. Seit einigen Jahren versuchen ghanaische Firmen, das indische Erfolgsrezept des Aufbaus einer digitalen Service-Industrie zu kopieren. Eine davon, wir nennen sie aus Gründen der Anonymität „Tiger Comp“, wurde 2019 gegründet und hat Stand Herbst 2022 in Ghana und einem anderen afrikanischen Land 200 Arbeitsplätze geschaffen. Tiger Comp bietet jun-

gen Universitätsabsolventinnen und -absolventen eine sechsmonatige Ausbildung in Bereichen wie Software-Entwicklung, Software-Testing und Datenanalyse. Im Anschluss daran sollen sie eine Anstellung erhalten und Aufträge von Firmenkunden weltweit bearbeiten.

Im August 2022 interviewten wir gut 20 Angestellte der in einer ghanaischen Mittelstadt angesiedelten Firma. Wir fragten nach ihren familiären Hintergründen, ihren Erfahrungen während Ausbildung und Jobsuche sowie ihren Wünschen und Zielen. Fast alle Befragten waren unverheiratet, Single und verfügten über große Autonomie in ihrer Lebensgestaltung. Die Unabhängigkeit von örtlichen familiären Bindungen erlaubte es ihnen, ohne große Umstände aus verschiedenen Regionen in die Mittelstadt zu wechseln. Auch während der Zeit im Unternehmen blieb diese Ungebundenheit bestehen. Dieses auf Autonomie und persönlichen Erfolg ausgerichtete Selbstverständnis fördert die positive Einstellung gegenüber einer fortgesetzten Suche nach

besseren Jobs mit schnelleren Aufstiegs-pfaden, höheren Grundgehältern und üppigeren Boni als bei Tiger Comp. Es verstärkt auch die Bereitschaft, für den nächsten Job in die nächste Stadt zu wechseln, etwa in die beiden größten Zentren Accra und Kumasi, oder sogar ins Ausland.

Die Nachfrage nach gut ausgebildeten Fachkräften in Ghanas IT-Sektor ist hoch. Tatsächlich werden Ausbildungsfirmen wie Tiger Comp teils Opfer ihres eigenen Erfolgs. Die Ausgebildeten erhalten bisweilen rasch Angebote mit dem doppelten bis dreifachen Gehalt. Die Geschäftsführung von Tiger Comp sieht daher auch das Abfließen der besten Köpfe in der Branche als tiefgreifendes Problem. Die Covid-Pandemie hat diese Tendenzen verstärkt. Unsere Forschung hat gezeigt, dass auch europäische und amerikanische Unternehmen Service-Aufträge vermehrt direkt an IT-Fachleute im globalen Süden vergeben – also nicht nur an Unternehmen wie Tiger Comp, sondern an Selbstständige, die im ghanaischen Homeoffice arbeiten.

KONKURRIEREN AUF ZWEI ARBEITSMÄRKTEN

Firmen wie Tiger Comp konkurrieren somit auf zwei Arbeitsmärkten zugleich um die besten Köpfe: einerseits dem ghanaischen, andererseits dem global entgrenzten, digitalisierten. Die niedrigen Lohnkosten ghanaischer Unternehmen – eigentlich ein Standortvorteil – zeigen ihre Schattenseite:



Programmierer eines Logistik-Startups in der ghanaischen Hauptstadt Accra.

Die Firmen können die von der westlichen Konkurrenz aufgerufenen Löhne schlicht nicht zahlen. Andererseits entstehen für im Ausland angestellte ghanaische IT-Fachleute Einnahmequellen, die kollektive Entwicklungsimpulse setzen können.

Wenngleich die Angestellten von Tiger Comp immer wieder bessere Verdienstmöglichkeiten als zentrales Motiv für einen Jobwechsel nannten, spielten auch andere innerbetriebliche Faktoren eine Rolle, etwa das punktuell als negativ empfundene Betriebsklima. Gegen einen Jobwechsel spricht dagegen die Möglichkeit, Weiterbildung finanziert zu bekommen.

Risikobereitschaft und berufliche Flexibilität sind für die IT-Beschäftigten keineswegs unbedingt Werte an sich. Sie streben eine gewisse Dauerhaftigkeit im Be-

rufsleben an, solange sich damit andere Ziele vereinbaren lassen, etwa finanzielle Stabilität. Dazu gehört auch die Unterstützung von Verwandten, die ihrerseits beispielsweise zuvor die Studiengebühren der Befragten finanziert hatten.

Grundsätzlich sind IT-Fachleute hinsichtlich Anstellungs- und Aufstiegschancen unter Berufstätigen in Ghana privilegiert, das zeigt etwa ein Vergleich mit dem Textilsektor. In einer von uns untersuchten Textilfabrik verdienen die Beschäftigten nur einen Bruchteil der IT-Fachleute. Mit ihren am ghanaischen Mindestlohn ausgerichteten Einkünften können sie kaum die Kosten für Miete, Transport und Essen decken. Dennoch hat 2022 niemand der etwa 90 Mitarbeitenden von sich aus die Firma verlassen. Viele erzählten uns von ihrem

Wunsch nach einer besser bezahlten Arbeit, die sie jedoch nicht fänden.



MARIAN BURCHARDT
ist Professor am Institut für
Soziologie der Universität
Leipzig und Leiter des
vorgestellten Forschungs-

projekts.

marian.burchardt@uni-leipzig.de



FLORIAN STOLL
arbeitet als Postdoc am
Institut für Soziologie/
Research Center Global
Dynamics der Universität

Leipzig und forscht in dem beschriebenen
Projekt zu Gründen für Jobwechsel in Ghana.

florian.stoll@uni-leipzig.de

Beschäftigung fördern

Die hohe Arbeitslosigkeit von Jugendlichen sowie Universitätsabsolventinnen und -absolventen zählt zu den drängendsten sozialen und politischen Problemen Ghanas. Die fehlenden Chancen für junge Menschen führen zu hoher Unzufriedenheit, destabilisieren tendenziell das demokratische Gemeinwesen und erhöhen die Emigrationsbereitschaft – und damit mögliche Braindrain-Effekte.

Offizielle Daten werden allerdings nur unregelmäßig erhoben, und sie erfassen nur offiziell als arbeitslos gemeldete Personen. Außen vor bleiben etwa Unterbeschäftigte, informell Tätige und Personen in nicht qualifikationsadäquaten Jobs. Die angewandte, aus Europa und Nordamerika stammende Methodik ist insbesondere angesichts des hohen Anteils informell Beschäftigter fraglich. Dieses Problem trifft neben Ghana auch andere afrikanische Länder, wie der gha-

naische Ökonom William Baah-Boateng (2016) kritisiert.

Laut einem Bericht der Weltbank (Dadzie et al. 2020), sind mehr als die Hälfte derjenigen, die nicht offiziell als arbeitslos gelten, unterbeschäftigt.

Um dem entgegenzuwirken, fördert das BMZ seit 2019 über die Sonderinitiative Ausbildung und Beschäftigung eine Reihe von Vorhaben im

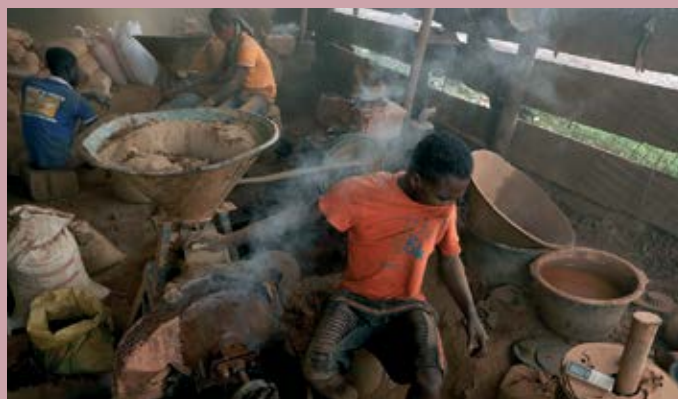
Bereich der Beschäftigungsförderung in insgesamt sieben afrikanischen Ländern. In Ghana hat das Projekt ein Gesamtvolumen von 38,3 Millionen Euro für den Zeitraum von 2019 bis 2025.

Die Initiative firmiert auch unter dem Namen „Invest for Jobs“. Sie ist eingebunden in das umfassendere Vorhaben „Compact with Africa“ der G20-Staaten. In Ghana ziehen sich die von der GIZ koordinierten Projekte quer durch alle Sektoren der Wirtschaft. Sie reichen von der Ausbildung von

Busfahrerinnen über die Unterstützung von Kleinbauern bis hin zu Telekommunikation und IT.

Die Initiative verfolgt unterschiedliche Ziele. Einerseits werden vor allem solche afrikanischen Länder gefördert, die sich durch besondere Erfolge im Bemühen um gute Regierungsführung hervorgetan haben. Andererseits stehen schnelle und zählbare Erfolge in der Beschäftigungsförderung im Vordergrund. Diese Unterstützung von Entwicklung vor Ort verfolgt zugleich das Ziel, den Migrationsdruck nach Europa zu verringern.

MB, FS



Informell Tätige wie diese Goldschürfer tauchen in der Arbeitslosenstatistik in Ghana nicht auf.

LITERATUR

Baah-Boateng, W., 2016: The youth unemployment challenge in Africa: What are the drivers? In: The Economic and Labour Relations Review, Vol. 27 (4).
Dadzie, C. E., Fumey, M., Namara, S., 2020: Youth Employment Programs in Ghana: Options for Effective Policy Making and Implementation. International Development in Focus. Washington, DC: World Bank.

Berufsfeld im Wandel

Weniger Auslandsaufenthalte, mehr Work-Life-Balance und hohe Sensibilität für Genderthemen – mit der Generation Z wandelt sich die Arbeitswelt der internationalen Zusammenarbeit. Armutsbekämpfung wird stärker im Kontext von Ungleichheit gesehen, und der Klimawandel ist eine alle Themen überwölbende Sorge.

Von Susanne Neubert und Miriam Holländer

Das Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) führt als einziges universitäres Institut in Deutschland einen Postgraduiertenstudiengang für den beruflichen Einstieg in die Entwicklungs- beziehungsweise Internationale Zusammenarbeit (EZ/IZ) durch. Nach Abschluss des einjährigen Lehrgangs beginnen die Absolventinnen und Absolventen in aller Regel schnell eine Berufslaufbahn in einer Organisation in diesen Bereichen.

Seit seiner Gründung vor 60 Jahren passt sich das SLE jedes Jahr systematisch an die Veränderungen im Berufsfeld an. Während diese Anpassungen in der Vergangenheit eher graduell erfolgten, waren sie in den vergangenen drei Jahren in einem beträchtlichen Maß nötig. Dabei überarbeitete das SLE nicht nur einige Themen, sondern entwickelte eine umfassende Agenda, unter der nun alle Einzelthemen neu aufgesetzt, strukturiert und lösungsorientiert auf Transformation hin ausgerichtet wurden.

Gleichzeitig erweiterte sich der Fokus des SLE, der zuvor allein auf dem globalen Süden lag und nun die Betrachtung der Verflechtungen zwischen reicheren und ärmeren Weltregionen einschließt.

Das SLE orientiert sich mit diesen Veränderungen auch an den Sichtweisen der heutigen Postgraduierten, die mehrheitlich der sogenannten Generation Z angehören. Die Menschen, die von 1997 bis 2012 zur Welt gekommen sind, werden das Berufsfeld zukünftig prägen (siehe Kasten).

Die Perspektiven dieser Generation beeinflussten bisher vor allem zwei Entwicklungen am Ausbildungsinstitut. Erstens wird Armutsbekämpfung als über-

greifendes Ziel der Entwicklungspolitik zunehmend verstanden als Bekämpfung der Ungleichheit zwischen wirtschaftlich starken und in verschiedenen Abstufungen schwachen Ländern. Dabei stellt sich auch die Frage, wie Handeln auf der einen Seite die Situation der anderen beeinflusst: Welche Fernwirkung hat etwa Ressourcenverbrauch in den Industrieländern auf die südlichen Ökosysteme? Mit Telecoupling ist hier in den vergangenen Jahren an der HU ein neues Forschungsfeld entstanden, das sich mit genau diesen sozioökonomischen und ökologischen Auswirkungen über große Entfernungen auseinandersetzt.

Zweitens gehören zahlreiche Auslandsaufenthalte nicht mehr in das Portfolio vieler Bewerberinnen und Bewerber und größtenteils auch nicht mehr zu ihren Wünschen. Die Corona-Pandemie sowie die wachsenden Unsicherheiten in vielen Ländern, die einst bevorzugte Destinationen solcher Auslandsphasen waren, sind die wichtigsten Ursachen für diese Entwicklung. Hinzu kommen das gestiegene Bewusstsein für die Treibhausgasemissionen durch internationale Flüge und die Erfahrung, dass man mit Partnerinnen und Partnern aus anderen Ländern auch dann

auf Augenhöhe zusammenarbeiten kann, wenn man selbst nicht vor Ort ist und digitale Alternativen zur Kommunikation nutzt. Dadurch rücken auch Organisationen in westlichen Ländern für den Berufseinstieg stärker in den Fokus, etwa in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz oder Aus- und Weiterbildung.

Die geringere Bereitschaft zu Auslandsaufenthalten birgt gleichzeitig potenzielle Nachteile. So können etwa fehlende persönliche Begegnungen es schwerer machen, Beziehungen zu den Menschen vor Ort aufzubauen.

In jüngster Zeit bereits angestoßene, notwendige Veränderungen in der Ausbildung des SLE beziehen sich auch auf die Zusammensetzung der Teilnehmenden.

Das SLE war in seinen ersten 25 Jahren männlich geprägt, danach 25 Jahre lang eher weiblich. Heute ist es sowohl den Teilnehmenden als auch der Auswahlkommission weniger wichtig, welche Geschlechter dominieren. Während Gender im Sinne eines intersektionalen Ansatzes entsprechend der feministischen Ausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik auch im SLE an Relevanz gewinnt, hat das Zählen der Geschlechter bei der Teamzusammensetzung heute beinahe keine Bedeutung mehr. Arbeitsteams am SLE können nur aus Männern oder Frauen bestehen oder divers zusammengesetzt sein.

Die Zusammenarbeit verändert sich auch während der Auslandsaufenthalte (Joint International Research Projects,



Postgraduierte des SLE und aus Kamerun und Tschad bei der gemeinsamen Projektarbeit.

JIRP) stark. Wichtige Themen, die in den Teams und durch die Teamleitungen gefördert werden, sind die individuelle Berücksichtigung von Bedürfnissen und das Etablieren von Grenzen, etwa im Sinne einer Work-Life-Balance. Durchgearbeitete Nächte gelten heute nicht mehr als positives Teamerlebnis, sondern werden abgelehnt. Stattdessen werden Strukturen wie geplante Pausen in den Teams exakt eingehalten.

Ein weiterer Wandel schlägt sich in der Internationalisierung des Studienganges nieder: Das SLE befindet sich in einem universitären Umfeld, in dem Masterstudiengänge immer häufiger ausschließlich in Englisch angeboten werden.

Gleichzeitig sind in entwicklungspolitischen Institutionen innerhalb Deutsch-

lands sehr gute Deutschkenntnisse weiterhin wichtig, um interinstitutionell und auch mit der deutschen Öffentlichkeit kommunizieren zu können. Das SLE strebt an, künftig länderübergreifend ausschließlich die Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber als Aufnahmekriterium und Englisch als Hauptsprache in der Lehre zu nutzen. Zusätzliche Deutschkurse werden jedoch neben Kursen zur Verbesserung der UN-Sprachen auch in Zukunft angeboten.

So soll ein hohes Deutsch-Niveau bei internationalen Teilnehmenden, die in deutsche IZ/EZ-Organisationen einsteigen wollen, sichergestellt werden. Wünschenswert bleibt, dass jene Organisationen ihre Einstellungspolitik ebenfalls entsprechend

überarbeiten, um Absolventinnen und Absolventen unabhängig von ihrem Herkunftsland gleiche Chancen zu bieten.



SUSANNE NEUBERT
ist Agrarökonomin und gehört seit elf Jahren zum Direktorium des Seminars für Ländliche Entwicklung an der

Humboldt-Universität zu Berlin.

susanne.neubert@agrar.hu-berlin.de



MIRIAM HOLLÄNDER
ist Regionalwissenschaftlerin und leitet den Studiengang „Internationale Zusammenarbeit für

Nachhaltige Entwicklung“ des SLE.

Wie die Gen-Z arbeiten möchte

Die Generation Z – geboren zwischen 1997 und 2012 – hat einen anderen Blick auf die Arbeitswelt als die Generationen vor ihr. Das verändert auch entwicklungspolitische Berufsfelder.

Viele Angehörige der Generation Z begreifen die eigene Berufstätigkeit nicht mehr als Karriereweg, auf den man irgendwann stolz zurückblicken kann. Im Gegenteil: Karriere machen und hohe Gehälter sind out. Die Möglichkeit, nach beruflichem Erfolg oder Geld zu streben, wird vielmehr als Privileg verstanden, für das es gerade im Rahmen entwicklungspolitischer Berufswege keine stichhaltige Begründung gibt.

Berufstätigkeit – egal welcher Art – definiert die Generation als „Lohnarbeit“, die nur im Rahmen einer sinnvollen Work-Life-Balance positiv bewertet werden kann. Selbstverausgabung ist dabei nicht eingepreist. Dem Stolz auf 60- oder 70-Stunden-Wochen, den Angehörige der Vorgängerge-

neration bisweilen an den Tag legen, begegnen die Vertreterinnen und Vertreter der Gen-Z mit Unverständnis und Ablehnung.

Konsequenterweise entscheiden sich junge Menschen heute lieber von vornherein für Teilzeitarbeit, etwa im Rahmen einer Viertagewoche. Der Fachkräftemangel spielt ihnen dabei in die Karten, sodass sie

solche Forderungen oft durchsetzen können.

Auch hat für die Gen-Z das Modell, nach dem eine Arbeitskraft eine Kernfamilie ernährt, längst ausgedient. Familien existieren heute in einer Vielzahl von Zusammensetzungen, und so ist es in dieser Generation selbstverständlich, dass Alleinstehende nur für sich wirtschaften oder mindestens zwei Erwachsene in einer Familie geschlechtsunabhängig für das gemeinsame Einkommen sorgen.

Einem etwaigen Wohlstandsverzicht, der mit diesen Haltungen einhergeht, steht die Generation Z gelassen gegenüber. Dieser Verzicht wird von jungen Menschen im Gegenteil als Notwendigkeit gewertet, da sie längerfristig einen zwangsläufigen Wohlstandsverlust prognostizieren. Das sind jedoch keine Aussichten, aus denen ein düsteres Zukunftsbild resultiert. Sie entsprechen vielmehr der zunehmenden Überzeugung, dass weniger Wohlstand positive Auswirkungen auf Planet und Menschheit haben wird.

Genügsamkeit, Sensibilität und Selbstfindung – das sind für die Gen-Z wesentliche Bestandteile eines guten Arbeitslebens. Dazu passt auch das veränderte Verständnis dieser Generation im Hinblick auf Armut und ihre Bekämpfung: Der Wohlstand der Industrieländer ist für sie nicht mehr Vorbild für den Rest der Welt (siehe Hauptartikel). Vielmehr müssen die Industrieländer ihren Ressourcenverbrauch reduzieren, damit sich der globale Süden überhaupt aus der Armut befreien kann. SN, MH



Beim Studium geht es der Gen-Z nicht vor allem um Karrierechancen.



Eine behelfsmäßige Schule für syrische Flüchtlinge im Bekaa-Tal, Ostlibanon

GEFLÜCHTETE KINDER

Verheerende Bilanz

Geflüchtete syrische Kinder und Jugendliche sind nunmehr seit über einem Jahrzehnt im Libanon faktisch vom Bildungssystem abgeschnitten. Die Kapazitäten staatlicher Schulen reichen bei Weitem nicht aus, und auch die Angebote zivilgesellschaftlicher Organisationen decken den Bedarf nur unzulänglich ab.

Von Mona Naggar

Omar Khodr ist vor zehn Jahren mit seiner Familie aus Syrien in den Libanon geflohen. Er lebt in Bar Elias, einer Kleinstadt in der Bekaa-Ebene, im Osten des Landes. In dieser Region haben mehr als 300 000 Syrerinnen und Syrer Zuflucht gefunden. An Khodrs Kindern zeigt sich die desaströse Bildungssituation syrischer Kinder und Jugendlicher im Libanon. Keines seiner sechs Kinder im Alter von sieben bis 20 Jahren hat jemals eine reguläre Schule besucht.

Sie nahmen stattdessen einige informelle Bildungsangebote wahr, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen oftmals in Zeltschulen für verschiedene Altersgruppen angeboten werden. Die meisten dieser Angebote sind vom libanesischen Bildungsministerium nicht anerkannt. Das hat zur Folge, dass die Schülerinnen

und Schüler keine gültigen Zertifikate oder Zeugnisse erhalten, mit denen sie für die Prüfung zur mittleren Reife oder für das Abitur zugelassen werden. Auch können sie sich so nicht für weiterführende Schulen qualifizieren.

Für Privatschulen fehlt Omar Khodr, dessen Namen wir aus Gründen der Anonymität geändert haben, das Geld. Immer wieder hat der Familienvater versucht, seine Kinder in staatlichen libanesischen Schulen unterzubringen, die Nachmittagsunterricht für junge syrische Geflüchtete anbieten. Stets wurde er mit der Begründung abgewiesen, es seien keine Plätze mehr frei. Khodr zweifelt nicht an dieser Argumentation, denn die Schulen in der Kleinstadt Bar Elias sind nicht auf Tausende von Neuankömmlingen ausgerichtet. Libanons staatliche Schulen verlangen zudem offizielle Dokumente, die er als Geflüchteter außerhalb Syriens nicht beschaffen kann.

Während des pandemiebedingten Lockdowns hätten die Lehrenden der informellen Schulen versucht, über den Messengerdienst WhatsApp den Unterricht weiterzuführen, erzählt Khodr. Effektiv sei das nicht gewesen. Laptops und leistungsstarkes Internet können sich viele syrische Geflüchtete nicht leisten.

Bildung für syrische Kinder und Jugendliche ist eine der größten Herausforderungen, mit der die libanesischen Regierung und die internationale Gemeinschaft konfrontiert sind. Mehr als zehn Jahre nach Beginn des syrischen Bürgerkrieges und der Flucht hunderttausender Syrerinnen und Syrer in das Nachbarland ist das Bildungsniveau der jungen Generation verheerend niedrig, und ihre Zukunftsaussichten sind entsprechend düster.

PROGRAMM FÜR SCHULBILDUNG

In den ersten Jahren nach Ausbruch des Bürgerkrieges bezahlten zivilgesellschaftliche Organisationen die Anmeldegebühren für syrische Schülerinnen und Schüler an staatlichen libanesischen Schulen. Bald überstieg die Zahl der syrischen Kinder jedoch die Kapazitäten dieser Schulen. Daraufhin wurde 2014 das Programm R.A.C.E. (Reaching All Children with Education in Lebanon) ins Leben gerufen, das zum Ziel hatte, 500 000 syrischen Kindern im Libanon Schulbildung zu sichern. Das Programm, das von der internationalen Gemeinschaft finanziert wurde, sah Nachmittagsunterricht für syrische Kinder und Jugendliche an staatlichen Schulen nach libanesischem Curriculum vor. Die Anmeldegebühren bezahlten Geber über das UN-Kinderhilfswerk (UNICEF – UN Children's Fund) an das libanesisches Bildungsministerium. Finanziert wurden darüber hinaus Instandsetzungskosten für Schulen und Honorare für Lehrer.

Mittlerweile ist die Kritik am R.A.C.E.-Programm, das 2021 zu Ende ging, groß. Die libanesischen NGO Legal Agenda etwa erklärt es für gescheitert und bezieht sich dabei auf verschiedene Quellen: So gibt das UN-Flüchtlingskommissariat UNHCR an, dass 2021 ein Drittel der syrischen Kinder zwischen sechs und 17 Jahren nicht zur Schule ging. Lediglich elf Prozent der 15- bis 24-Jährigen haben eine Ausbildung begonnen. Die Mittlere Reife erreichte 2019 laut dem Center for Lebanese Studies (CLS) sogar nur ein Prozent der Schülerinnen und Schüler. Mittlerweile, nach der Pandemie und inmitten der weltweiten Wirtschaftskrise, dürften all diese Zahlen weiter gesunken sein.

Khodr kennt die meisten der vielfältigen Gründe für diese geringen Quoten. Er sagt, dass viele Syrerinnen und Syrer keine ausreichenden Informationen über das für

sie aufgesetzte Lernprogramm an libanesischen staatlichen Schulen haben. Ein weiteres Hindernis sei der Nachmittagsunterricht: Eltern schrecken davor zurück, ihre Kinder am Nachmittag in die Schule zu schicken, weil sie Angst um ihre Sicherheit auf dem Rückweg nach Sonnenuntergang hätten. Hinzu kommt laut Khodr, dass oft das Geld für den Transport fehlt. Auch würden Kinder zur Arbeit auf die Felder geschickt, damit sie ihre Familien unterstützen können.

Eine Umfrage, die das CLS mit syrischen Schülerinnen und Schülern an libanesischen Schulen durchgeführt hat, ergab darüber hinaus, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten Schwierigkeiten mit den Sprachen Englisch und Französisch hat, in denen Naturwissenschaften unterrichtet werden. In der Umfrage spielten auch die Lebensumstände der Geflüchteten eine Rolle: Überfüllte Unterkünfte und finanzielle Notsituationen sind klare Lernhindernisse.

Maha Shuayb vom CLS plädiert für ein langfristiges und umfassendes integratives

Programm, das die Syrerinnen und Syrer nicht an den Rand der Gesellschaft drängt, sondern ihre Rechte respektiert. Beim Lernen geht es laut der Wissenschaftlerin nämlich nicht nur darum, Analphabetismus zu bekämpfen, sondern längerfristig Partizipation am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Armutsbekämpfung gehöre dabei ebenso dazu wie die Erweiterung der Kapazitäten der staatlichen Schulen, sagt Shuayb. Um diesen Ansatz angesichts der Krise im Libanon umzusetzen, sei eine Allianz des staatlichen und privaten Bildungssektors mit der Zivilgesellschaft nötig.

Im Sommer 2022 stellte das libanesisches Bildungsministerium das Nachfolgeprogramm von R.A.C.E vor, den Transition Resilience Education Fund (TREF). Inwiefern dies ein erster Schritt in die von Shuayb skizzierte Richtung ist, bleibt abzuwarten. Laut der Regierung soll TREF verstärkt auf Unterrichtsqualität achten und flexibler auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler eingehen. Das Programm richtet sich an libanesische und nichtliba-

nesische Kinder und Jugendliche gleichermaßen und wird in Zusammenarbeit mit UNICEF umgesetzt, auch EU und KfW sind beteiligt.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Norwegian Refugee Council, 2020: **The Obstacle Course: Barriers to education for Syrian refugee children in Lebanon.** https://www.nrc.no/globalassets/pdf/reports/the-obstacle-course-barriers-to-education/executive-summary---the-obstacle-course_barriers-to-education.pdf

Al-Issa, J., Ibrahim, H., Mourad, L., 2022: **Deprived of school, suffer restrictions – Syrian children subject to “discriminatory” education in Lebanon.** <https://english.enabbaladi.net/archives/2022/12/syrian-children-subject-to-discriminatory-education-in-lebanon/>



MONA NAGGAR

ist freie Journalistin in Beirut.

mona.naggar@googlemail.com

SCHULBILDUNG IN INDIEN

Gravierende Lernlücken

Während der Covid-19-Pandemie war Indien das Land mit den zweitlängsten Schulschließungen weltweit, übertroffen nur noch von Uganda. 82 Wochen waren die Schulen mit wenigen kurzzeitigen Ausnahmen durchgehend geschlossen. 360 Millionen Schülerinnen und Schüler mussten zu Hause bleiben und hatten meist keinen Zugang zu E-Learning-Angeboten.

Von Roli Mahajan

Nach Angaben des Bildungsministeriums wurden zwischen 2020 und 2021 landesweit mehr als 20 000 Schulen geschlossen. Die Abbruchquote junger Kinder in der oberen Primarstufe hat sich verdoppelt. Die Regierung führt dies auf aufgeschobene Schulanmeldungen aufgrund der Corona-Pandemie zurück, spricht aber auch von hohen

Einschulungsraten für dasselbe Schuljahr. Auch die Zahl der Lehrkräfte ist im Vergleich zum vorherigen Schuljahr um fast zwei Prozent zurückgegangen, vor allem weil viele Privatschullehrer während der Schließungen entlassen wurden.

Doch die Probleme im Bildungssystem kamen nicht erst mit der Pandemie. Eine UNICEF-Erhebung zeigt, dass auch in nichtpandemischen Zeiten ein Drittel der Mädchen die Schule aufgrund von Hausarbeit und ein Viertel aufgrund von Heirat abbrechen.

Der „National Achievement“-Bericht 2022 zeigt, dass sich die Situation während der Pandemie verschlechtert hat. Gleichzeitig unterstreicht er die schlechte Qualität der Schulbildung im Allgemeinen. Das Dokument zeigt, dass Bildung die althergebrachten Benachteiligungen in der indi-

schen Gesellschaft nicht abbaut, sondern Privilegien verstärkt.

In den unteren Klassenstufen lassen sich kaum Unterschiede zwischen den Leistungen der Schüler an staatlichen Schulen und denen an Privatschulen beobachten. In den höheren Klassenstufen jedoch zeigen die Schüler an Privatschulen bessere Leistungen. Dieser Vorsprung vergrößert sich deutlich, wenn die Schüler die Oberstufe erreichen. Auch die Kastenzugehörigkeit hat einen Einfluss auf die Bildungsergebnisse: Schüler aus niedrigeren Kasten steigen zwar auf der Bildungsleiter auf, bleiben aber immer noch hinter Schülern aus anderen Kasten zurück – und die Unterschiede werden in der höheren Bildung noch größer.

Der überregionalen Zeitung „The Hindu“ liegen Daten aus der Zeit vor und nach der Pandemie vor. Darin wird ein massiver Rückgang des allgemeinen Lernniveaus während des Lockdown-Zeitraums bestätigt. Dieser war stärker bei Schülern aus niedrigeren Kasten und ländlichen Gebieten.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Einer Studie zufolge hatten mindestens

43 Prozent der Schüler bis zu 19 Monate nach Schließung der Schulen keinen Zugang zu Online-Unterricht. Das ist wenig überraschend, wenn man bedenkt, dass nur 24 Prozent der indischen Familien ein Smartphone besitzen und weniger als 12 Prozent der staatlichen Schulen an das Internet angeschlossen sind. Angesichts der schwerwiegenden wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie auf die Haushaltsein-

wurde umso deutlicher, als unterschiedliche Erhebungen im ganzen Land zeigten, dass viele Schüler der Klassen 3 bis 5 das Lesen und Schreiben fast verlernt hatten, als sie 2022 wieder in ihre Klassenzimmer zurückkehrten.

Selbst für die technisch besser ausgestatteten Familien war die Zeit herausfordernd, da die gesamte Verantwortung für die Bildung der Kinder auf die Familie

nehmen konnten. In allen Bundesstaaten ordnete die Regierung Versetzungen oder nachsichtige Benotungen an, um sicherzustellen, dass die Schüler bestanden. Dies deutet auf ein größeres Problem des indischen Bildungssystems hin: Lernen wird mit dem Absolvieren des Lehrplans gleichgesetzt.

Da die politischen Entscheidungsträger während der Pandemie ausdrücklich die Versetzung anordneten, war die Zahl der Schüler, die von der Sekundarschule in die Oberstufe und von der High School ins College wechselten, weit höher als in den Jahren zuvor. Dementsprechend sanken die Wiederholungsquoten zwischen 2020 und 2022. Die Auswirkungen eines derartig nachsichtigen Ansatzes dürften die Schulabgänger spätestens auf dem Arbeitsmarkt zu spüren bekommen – und auch die Gesellschaft im Allgemeinen, wo bereits vor der Pandemie Diskussionen über weniger fähige Ingenieure und andere Spezialisten geführt wurden.

Für die meisten Inder ist eine fundierte Bildung die einzige Hoffnung, Armutskreisläufe zu durchbrechen. Die Corona-Pandemie hat viele Schwächen des indischen Bildungssystems aufgedeckt und die bestehenden Bildungsungleichheiten vergrößert. Das Land muss daher so schnell wie möglich die durch die Pandemie verursachten Defizite beheben und generell an der Verbesserung seines maroden Bildungssystems arbeiten.

QUELLEN

Nihalani, J., Varghese R. R., 2022: Pandemic impact: Marked decline in Maths, Science scores among rural, SC/ST students.

<https://www.thehindu.com/data/data-pandemic-impact-marked-decline-in-maths-science-scores-among-rural-scast-students/article65479807.ece>

Vernekar, N. et al., 2022: Clearing the Air. A Synthesised Mapping of Out of School Children during COVID-19 in India.

<https://vidhilegalpolicy.in/research/clearing-the-air-a-synthesised-mapping-of-out-of-school-children-during-covid-19-in-india-april-2020-may-2022/>



ROLI MAHAJAN
ist Journalistin und lebt in Lucknow, Indien.

roli.mahajan@gmail.com



Slumgasse in Mumbai: Arme Kinder wurden in der Pandemie weitgehend vernachlässigt.

kommen konnten sich die meisten Familien mit geringem Einkommen den Kauf digitaler Geräte nicht leisten. Eine Lehrerin einer abgelegenen Schule in Westbengalen berichtet, dass nur fünf von 50 Schülern ihren Onlineunterricht besuchten.

Die indische Regierung schlug vor, das Bildungsfernsehen von 12 auf 200 Kanäle zu erhöhen, um die Lernlücke zu verringern. Doch die völlige Wirkungslosigkeit von Bildungsprogrammen im Fernsehen wird in der Studie SCHOOL (School Children's Online and Offline Learning) verdeutlicht. Sie zeigt auf, dass die meisten armen Haushalte gar keinen Fernseher besitzen.

Digitale Lerninhalte allein können Schulen und Lehrer nicht ersetzen. Das

übergang: „Mein Kind schaltete die Kamera während des Unterrichts aus und spielte Spiele. Er hat sich keine Notizen gemacht, und meistens musste ich ihn jeden Tag nach dem Onlineunterricht erneut unterrichten“, erzählt Aparna Singh, eine berufstätige Mutter, deren sechsjähriges Kind eine Tagesschule in Lucknow, der Hauptstadt des bevölkerungsreichsten indischen Bundesstaates Uttar Pradesh, besucht. „Die Lehrer wollten nur den Lehrplan abarbeiten. Ich habe keine Ahnung, wie viel mein Sohn tatsächlich gelernt hat! Versetzt wurde er trotzdem.“

Genauso wie die 50 Schüler der westbengalischen Lehrerin – obwohl nur fünf von ihnen am Onlineunterricht teil-

MÄDCHENBILDUNG

Gleichstellung nur auf dem Papier

Die nepalesische Verfassung garantiert kostenlose Grundbildung für alle und verankert ausdrücklich Frauenrechte. In der Realität wird das Leben von Mädchen aber immer noch von Traditionen wie dem Menstruationstabu bestimmt. Jungen werden in Sachen Bildung klar bevorzugt.

Von Rukamane Mahajan

Laut UNESCO-Schätzungen gehen weltweit 129 Millionen Mädchen nicht zur Schule – 32 Millionen im Grundschulalter und 97 Millionen, die eine weiterführende Schule besuchen würden. Unter anderem halten Konflikte, Armut, Kinderarbeit, Kinderheirat, geschlechtsspezifische Gewalt und die vielfältigen Folgen von Covid-19 sie von der Schule fern.

Nepal ist eines der Länder, die diese Zahlen in die Höhe treiben. Neben den genannten Gründen erschweren mehrere soziokulturelle Faktoren nepalesischen Mädchen den Schulbesuch.

Die nepalesische Gesellschaft wird von Männern dominiert. Familien ziehen Söhne den Töchtern vor. Diese Bevorzugung ist tief in traditionellen Geschlechterrollen, Bräuchen und Erwartungen verwurzelt. Aus

Sicht vieler Nepalesen können nur Jungen den Namen ihres Vaters fortschreiben und den Familienzweig weiterführen.

Töchter hingegen gelten als Last. Sie werden nicht als vollständiger Teil ihrer Herkunftsfamilie angesehen, da sie ohnehin zur Familie ihres Bräutigams ziehen werden. Deshalb investieren Familien weniger in die Ausbildung ihrer Töchter. Noch schwieriger ist die Situation, wenn die Familie eines Mädchens wirtschaftlich arm ist, marginalisiert wird oder auf dem Land lebt.

Das nepalesische Recht steht im Widerspruch zu diesen Realitäten. Es verpflichtet Eltern, ihre Kinder zur Schule zu schicken – für jedes Kind zwischen vier und dreizehn Jahren besteht Schulpflicht. Tatsächlich garantiert die Verfassung von 2015 jedem Bürger das Recht auf kostenlose Bildung bis zur Sekundarstufe. Das bedeutet, dass Eltern kein Schulgeld zahlen müssen, wenn sie ihre Kinder auf staatliche Schulen schicken.

Für Kinder mit Behinderungen und Kinder aus wirtschaftlich schwachen Familien bietet der Staat kostenlose Hochschulbildung an. Sehbehinderte, hörgeschädigte und sprachbehinderte Kinder werden zudem kostenlos in Brailleschrift oder Gebärdensprache unterrichtet. Au-

ßerdem garantiert die Verfassung den Unterricht in der jeweiligen lokalen Sprache. Auch Frauenrechte sind in der Verfassung verankert: Frauen haben das Recht, besondere Chancen in den Bereichen Gesundheit, Beschäftigung, soziale Sicherung und Bildung wahrzunehmen. Bisher bedeutete dies in der Regel, eine bestimmte Quote zu erfüllen. So müssen beispielsweise 33% der Parlamentsabgeordneten weiblich sein, und im Hochschulbereich werden 33% der Studienplätze an Frauen vergeben.

EINE KLASSENFRAGE

In Nepal gibt es zwei Schularten: öffentliche Schulen, die von der Regierung finanziert werden und daher kostenlos sind, und nicht-staatliche, gewinnorientierte Privatschulen. Meist können es sich nur Menschen aus der gehobenen Mittel- oder Oberschicht leisten, ihre Kinder auf gut ausgestattete Privatschulen zu schicken. Öffentliche Schulen stehen daher synonym für Schulen für die Unterschicht und arme Menschen. Sie fallen qualitativ stark ab, weil es ihnen an Ressourcen wie Lernmaterial fehlt. Familien aus der (unteren) Mittelschicht schicken ihre Töchter eher auf öffentliche Schulen, während die Söhne Privatschulen besuchen.

In vielen öffentlichen Schulen gibt es keine angemessenen Toiletten und Sanitäranlagen, worunter besonders menstruierende Mädchen leiden. Wegen Mangel an Sanitäranlagen versäumen viele Mädchen aus Nepals Dörfern jeden Monat mindestens vier Schultage. Ohnehin gelten Frauen während ihrer Menstruation vor allem in den westlichen Teilen des Landes als unrein und unberührbar. Hier wird die Chhaupadi-Tradition praktiziert, die es hinduistischen Frauen verbietet, während ihrer Periode an Familienaktivitäten teilzunehmen. Sie dürfen sich dann nicht im Haus der Familie aufhalten und müssen stattdessen in einem Chhau Goth, einem Viehstall oder einer Menstruationshütte, leben.

Durch die Covid-19-Pandemie und ihre Folgen verschlechterte sich die Situation für Mädchen weiter. Weil Familien finanziell noch stärker unter Druck gerieten, bevorzugten Eltern wieder die Jungen und brachen nur die Ausbildung ihrer Töchter ab. Da nun mehr Mädchen nicht zur Schule gehen, können sie eher Opfer von Kinderheirat, Kinderhandel oder Kinderarbeit werden.



Bei der Bildung von Mädchen geht es auch um ihr Empowerment.

Die nepalesische Regierung hat einige Initiativen und Kampagnen zur Verbesserung von Mädchenbildung ins Leben gerufen. 2019 startete das Büro des Ministerpräsidenten der Provinz Madhesh beispielsweise eine Kampagne mit dem Titel „Beti Bachau – Beti Padhau“ („Töchter retten, Töchter ausbilden“), die sich an ähnlichen Kampagnen in Indien orientiert. Im Rahmen dieser Kampagne soll jedes neugeborene Mädchen versichert werden und nach Erhalt der Staatsbürgerschaftsurkunde rund 950 Dollar für ihre Ausbildung erhalten. Außerdem wurden Fahrräder an junge Mädchen verteilt.

KORRUMPIERTE INITIATIVEN

Die Kampagne sollte von geschlechtsselektiver Abtreibung abraten und Kinderheirat sowie das bestehende Mitgiftsystem in Madhesh eindämmen. Sie wurde öffentlich

gut angenommen. Jedoch reichte eine Antikorruptionsbehörde – die Kommission zur Untersuchung von Amtsmissbrauch – im August 2022 beim Sondergericht in Kathmandu eine Korruptionsklage gegen sechs Personen ein, darunter der damalige Sekretär des höchsten Ministers der Provinz Madhesh. Ihnen wird vorgeworfen, minderwertige Fahrräder gekauft zu haben, die sie dann vertrieben und als hochwertige Fahrräder in Rechnung stellten.

Dadurch wurden rund 780 000 Dollar veruntreut. Der Fall ist noch beim Gericht anhängig. Er zeigt, dass die weitverbreitete Korruption auch Initiativen zur Verbesserung der Mädchenbildung in Nepal beeinträchtigt.

Die gravierenden Verzerrungen im nepalesischen Bildungssystem sind offensichtlich. Trotz der gesetzlich garantierten Grundbildung gehen bei Weitem nicht alle Kinder zur Schule. Und trotz gesetzlicher

Garantien für Gleichheit und Nichtdiskriminierung haben Mädchen und Frauen nicht die gleichen Bildungschancen wie Jungen und Männer. Geschlechtsspezifische Unterschiede und Ungleichheiten bestehen in Nepal unbestreitbar fort.

Abschließend ist wichtig, anzumerken, dass es nicht nur darum geht, Mädchen zur Schule zu schicken. Es geht auch darum, ihnen Fähigkeiten, Fertigkeiten und das Selbstvertrauen zu vermitteln, unabhängig zu sein, damit sie die Macht haben, Entscheidungen über ihr Leben zu treffen und die Gesellschaft zu verändern. Es geht um Empowerment, das mit einem regulären Schulbesuch beginnt.



RUKAMANEE MAHARJAN
ist Assistenzprofessorin für
Recht an der Tribhuvan-
Universität in Kathmandu.
rukumaharjan@gmail.com

Bildung in Zahlen

Vor 70 Jahren wurde der nepalesischen Allgemeinheit der Zugang zu formaler Bildung an Schulen und Universitäten ermöglicht. Bis 1951 war Bildung der herrschenden Klasse und höheren Kasten wie den Brahmanen oder Chhetri vorbehalten. Anfänglich bevorzugte das Bildungssystem aufgrund traditioneller Geschlechterrollen Jungen gegenüber Mädchen. Schulen waren nach Geschlechtern getrennt. Nach 1990 öffnete sich die Gesellschaft für die Koedukation, und Mädchenbildung wurde auch aus Sicht der internationalen Entwicklung zu einer Priorität.

Laut UNESCO-Statistiken hat sich die Alphabetisierungsrate in Nepal in den letzten drei Jahrzehnten deutlich verbessert. 2018 konnten 79 Prozent der männlichen und 60 Prozent der weiblichen Bevölkerung lesen und schreiben, was einer

Gesamtalphabetisierungsrate von 68 Prozent entspricht.

Wie die vom Central Bureau of Statistics gemeinsam UNICEF durchgeführte „Multiple Indicators Cluster Survey“ 2019 zeigt, gibt es beim Schulbesuch jedoch nach wie vor eine Geschlechterdiskrepanz. Das beginnt schon in jungen Jahren: Die durchschnittliche Nettobesuchsquote für die frühkindliche Bildung für Kinder zwischen 36 und 59 Monaten liegt bei 62 Prozent. Der Bericht verzeichnet bei dieser Zahl deutliche Unterschiede zwischen Jungen (64 Prozent) und Mädchen (60 Prozent), Landbevölkerung (55 Prozent) und Stadtbevölkerung (66 Prozent) sowie zwischen den ärmsten (52 Prozent) und den reichsten (87 Prozent) Vermögensquintilen.

Der Bericht zeigt auch, dass mit steigendem Bil-

dungsniveau die Teilhabe von Mädchen zurückgeht. Im Schuljahr 2018/2019 lag die Nettobesuchsquote für Mädchen in der unteren Grundschulbildung bei 76 Prozent, in der oberen Grundschulbildung bei 55 Prozent und in der Sekundarschulbildung bei 49 Prozent. Auf dem Land und in den ärmsten Gemeinden besuchen Kinder im Allgemeinen und Mädchen im Besonderen seltener eine höhere Grund- oder Sekundarschule.

Die Schulabschlussquoten haben sich positiv entwickelt: Auf allen Bildungsebenen schließen Mädchen die Schule mit höherer Wahrscheinlichkeit ab als Jungen; so sind beispielsweise 43 Prozent der Jungen gefährdet, die untere Grundschulstufe abzubrechen, und 47 Prozent könnten die obere Grundschulstufe abbrechen. Bei Mädchen liegt die Abbruchquote für beide Bildungsstufen bei 39 Prozent. RM



Eine Frau in einem Alphabetisierungskurs für Frauen in Dhankuta, Nepal.



Unterricht für Santalkinder in ihrer Muttersprache mit bengalischen Buchstaben.

SPRACHEN

Verstehen, was die Leute sagen

Der Schriftsteller Martin Kämpchen lebt in Shantiniketan, einer kleinen Universitätsstadt in Westbengalen. Seit er in den 1980er-Jahren dort die Landessprache Bengalisch erlernte, sieht er Indien mit anderen Augen.

Von Martin Kämpchen

Es dauerte lange, zu lange, bis ich mich entschloss, Bengalisch zu lernen. Nach meinem Studium kam ich als Deutschlehrer nach Kalkutta und dachte, dass ich ein oder zwei Jahre bleibe, bevor ich nach Europa zurückkehren würde. Es kam anders. Drei Jahre unterrichtete ich und entschied dann, ein neues Studium in Chennai (Südindien) zu beginnen. Wieder drei Jahre! Als ich danach mein Studium weiter ausdehnen, eine Forschungsarbeit mit einem Doktorat abschließen wollte, wurde mir deutlich: Jetzt muss ich eine indische Sprache lernen.

Ich wohnte wieder in West-Bengalen, jedoch nicht in Kalkutta, sondern in der kleinen Universitätsstadt Santiniketan, in der der indische Nationaldichter Rabindranath

Tagore gelebt hatte. Einen Kurs „Bengalisch für Nichtbengalen“ gab es damals nicht. Also nahm ich einen Privatlehrer.

BESONDERE HERAUSFORDERUNG

Ich hatte Englisch und Französisch gelernt und bewegte mich in beiden Sprachen nach Aufhalten in Wisconsin und Paris recht sicher. Doch wurde mir bewusst, dass eine orientalische Sprache zu lernen, selbst innerhalb ihrer eigenen Region, eine besondere Herausforderung war.

Das Bengalische besitzt eine eigene Schrift, die dem Devanagari (in dem Sanskrit und Hindi geschrieben werden) verwandt ist. Diese Schrift bildet manche Vokale dort im Wort ab, wo sie gesprochen werden. Andere stehen aber vor den Konsonanten, hinter denen sie erklingen, und einen Vokal zeigt die Schrift nur am Wortanfang und ansonsten nicht.

Die Syntax unterscheidet sich von der europäischer Sprachen. Verben stehen am Ende der Sätze, und statt Präpositionen werden Postpositionen an Substantive an-

gehängt. Die Sprache unterscheidet nicht nach Geschlecht, wendet aber Höflichkeitsformen, die dem deutschen „Sie“ entsprechen, auch auf abwesende Personen an. Oft wird die Bedeutung eines Wortes nur durch die Stellung im Satz klar. Ich musste also lernen, die Welt mit bislang fremden sprachlichen Differenzierungen zu verstehen, dabei aber zugleich auf vertraute Kategorien zu verzichten.

Mein Bengalischlehrer war ein junger Mann mit einem Magisterabschluss in Philosophie, aber ohne Ausbildung als Sprachlehrer. Er dachte wohl: Ich bin Bengale, also kann ich Bengalisch unterrichten. Er beherrschte Grammatik und Syntax intuitiv, wie Menschen das in ihrer Muttersprache generell tun, konnte die Regeln aber nicht erklären.

Mein Lehrer versuchte mich wie einen Sechsjährigen, der in der Schule schreiben lernt, zu unterrichten. Seine pädagogische Ahnungslosigkeit, gepaart mit großem Stolz auf die eigene Sprache, machten mir das Lernen schwer. Obendrein hatte ich die 30 schon überschritten, war also nicht mehr in dem Alter, in dem der Spracherwerb leicht fällt. Hätte ich doch zehn Jahre früher angefangen! Oft war ich entmutigt.

Es gab damals keine Lehrbücher für Menschen wie mich. Mittlerweile gibt es einige Werke, von denen „Complete Bengali“ mit begleitendem Audio-Angebot von William Radice am besten ist. Radice ist Bengalischdozent an der Londoner School of Oriental and Asian Studies und hat sich als Übersetzer einen Namen gemacht.

Sprechen lernte ich schneller als Lesen und Schreiben. Nach wenigen Monaten merkte ich, dass ich mit einfachen Menschen erste, schlichte Kommunikation betreiben konnte. Welch eine Welt tat sich da auf! Mir wurde deutlich bewusst, welche Bedeutung die Muttersprache für Menschen hat – und zwar gerade für jene, die sonst keine Sprachen sprechen und vielleicht auch weder lesen noch schreiben können.

Umgekehrt bleibt unser Wissen über jene, mit denen wir nicht in ihrer Sprache kommunizieren können, recht kümmerlich. Die Muttersprache ist wie eine zweite Haut, oder die Aura der Menschen. Sie zeigt sich erst, wenn wir sprechen, zuhören und antworten.

Westbengalen erschloss sich mir neu, als ich die Gespräche um mich zu verstehen begann. Meine Sympathie für die Ar-

men, Einfachen, schulisch Ungebildeten, Untergebenen und körperlich Arbeitenden bekam kräftigere Farben. Sie reden viel und tauschen sich ständig mit anderen aus. Das Mitteilungsbedürfnis ist groß. Als ich genügend Bengalisch verstand, gliederte sich diese anonyme Menschheit. Nach sechs Jahren Wartezeit lernte ich Indien kennen.

Mahatma Gandhi hatte gesagt, Indien sei in den Dörfern, also bei den einfachen Menschen. Jetzt spürte ich die Wahrheit dieses Satzes.

Wer mit Menschen aus benachteiligten Schichten arbeiten will, muss ihre Sprache verstehen. Das schafft einerseits Vertrauen, vertieft die Kommunikation und ermöglicht wechselseitiges Verständnis. Wer auf Übersetzungen angewiesen ist, kann dagegen das Gegenüber nicht als „ganzen Menschen“ wahrnehmen, denn nuancierte Äußerungen von Freude, Trauer, Hoffnung und Enttäuschung gehen leicht verloren. Wie nah wir an Menschen herankommen, wenn wir ihre Muttersprache sprechen, wissen wir erst, wenn wir es einmal erfahren haben.

Wer ohne diese Kenntnisse Entwicklungszusammenarbeit betreibt, kann die Zielgruppe nicht direkt erreichen und wird auch die sozioökonomischen Machtver-

hältnisse nie wirklich verstehen. Das macht dauerhaften Erfolg unwahrscheinlich.

Indien hat 22 offizielle Sprachen. Sie werden vom Staat gefördert, in Schulen unterrichtet, und ihre Literatur wird von der staatlichen Literaturakademie (Sahitya Akademi) unterstützt. Die Muttersprache regiert in den Familien, in den Nachbarschaften, in den Dörfern. Seit ich in Indien lebe, wogt die Diskussion darüber, welchen Stellenwert sie im Bildungssystem einnehmen müsse. Die Einsicht, dass Kinder zunächst in ihrer Muttersprache lernen sollten, hat sich nur langsam durchgesetzt.

Ich unterstütze als Mentor und mit aus Deutschland mobilisierten Spenden die Entwicklungsprojekte eines Selbsthilfeprojekts von zwei Adivasi-Organisationen. Die von ihnen betriebene Grundschule unterrichtet auf Santali, der Muttersprache dieser marginalisierten ethnischen Gruppe. Für Santali-Texte sind in Indien verschiedene Schriften gebräuchlich, in unserer Dorfschule wird die bengalische Alphabet verwendet, weil die Kinder diese Sprache und die dazugehörigen Buchstaben ohnehin lernen müssen.

Dass Adivasi-Kinder in ihrer eigenen Sprache unterrichtet werden, bleibt leider weiterhin die Ausnahme. Andererseits gibt es in den Städten einen starken Trend zu

englischsprachigen Privatschulen, sodass auch dort viele Kinder in einer für sie fremden Sprache unterrichtet werden (siehe Box).

BÜCHER

Kämpchen, M., 2022: *Mein Leben in Indien*.

Ostfildern: Patmos Verlag.

Kämpchen, M., 2020: *Indo-German Exchanges in Education. Rabindranath Tagore Meets Paul and Edith Geheeb*. New Delhi: Oxford University Press.

Radice, W., 2010: *Complete Bengali*. London: Teach Yourself Verlag.

Tagore, R., 2015: *An den Ufern der Stille*. Lyrik. Aus dem Bengalischen übersetzt von Martin Kämpchen, Ostfildern: Patmos.



MARTIN KÄMPCHEN
lebt als Schriftsteller und
Literaturübersetzer in
Shantiniketan in
Westbengalen. In seiner

kürzlich erschienen Autobiografie beschreibt er unter anderen seine jahrzehntelange Zusammenarbeit mit zwei Adivasi-Organisationen, die auch der deutsche Verein Freundeskreis Ghosaldanga und Bishnubati unterstützt.

martin.kaempchen2013@gmail.com

<https://www.dorfentwicklung-indien.de/home/>

Indische Sprachenpolitik

Die indischen Bundesstaaten sind im Wesentlichen nach den Sprachgrenzen aufgeteilt. Das deutet darauf hin, wie wichtig die Sprache für die politische Identität ist.

Entsprechend ist Bengalisch die Sprache des Bundesstaats Westbengalen sowie des Nachbarlandes Bangladesch. Rabindranath Tagore, der Literaturnobelpreisträger von 1913, hat in dieser Sprache geschrieben und mit der Gründung seiner Universität Vishwa-Bharati in Santiniketan vor 100 Jahren ganz bewusst unter britischer Kolonialherrschaft das regionale Kulturerbe gepflegt. Er hat

es auch um bis heute beliebte Lieder erweitert.

Anhaltender politischer Streit herrscht heute in Indien jedoch darüber, ab welchem Schuljahr und in welcher Reihenfolge Kinder nach ihrer Regionalsprache in der Schule auch Hindi und Englisch lernen sollen. Die Zentralregierung versucht seit Jahrzehnten, Hindi als Nationalsprache durchzusetzen, was sich seit dem Amtsantritt von Premierminister Narendra Modi von der hindu-chauvinistischen Partei BJP noch verschärft hat.

In den Großstädten gibt es trotzdem einen starken

Trend zu privaten englischsprachigen Schulen („English medium schools“). Die städtische Mittelschicht ist in wirtschaftlichem Sinne erfolgsorientiert. Sie will, dass ihre Kinder Englisch lernen. Wer diese Sprache nicht gut in Wort und Schrift beherrscht, erreicht weder in der Wirtschaft noch

in Behörden oder der Justiz Führungspositionen. Die große Bedeutung der Sprache der ehemaligen Kolonialmacht führt zu einer gewissen Entfremdung.

Hindi ist aber für viele keine attraktive Alternative, denn als Muttersprache dient es nur in Nordindien. Da Englisch für alle gleichermaßen fremd ist, schätzen Menschen aus anderen Regionen diese Sprache als vergleichsweise neutralen Boden, auf dem sie sich nicht grundsätzlich schwerer tun als ihre Landsleute aus dem Norden. Besonders stark gilt das für Südindien, wo dravidische Sprachen vorherrschen, die mit den indoeuropäischen wie Hindi, Bengalisch oder Gujarati gar nicht verwandt sind. MK



Der „Platz der Märtyrer“ in Tripolis: Angesichts der verheerenden Situation in ihrem Land erinnern sich viele Menschen in Libyen mittlerweile mit Nostalgie an die Gaddafi-Ära.

Seite 13



Foto: picture-alliance/AA/Hazem Turkia